

Commer

Zentral-Organ für die Interessen

der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe besch. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Publikations-Organ des Zentral-Verbandes der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franko 1 Mt.
Der Conteur ist in die Postzeitungsliste eingetragen.

Redaktion und Exped.: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950.
Geöffnet: 9-1 Uhr Vorm., 8-7 Uhr Nachm. Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Aufschriften und Adressirungen an die Schriftleitung.

Nr. 3.

Berlin, den 29. Januar 1905.

9. Jahrg.

250 000 Bergarbeiter hungern im Streik!

Ein Niesenkampf, wie ihn die Arbeiterschaft Deutschlands noch nicht gesehen, tobt im Ruhrrevier. Die Kohlenbarone, Bechenbesitzer und Kapitalisten haben in frivolster Weise, indem sie das gute Recht ihrer Arbeitskräften jahrelang mit Füßen traten und mit allem Raffinement die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft bis aufs äußerste trieben, die frohndenden Proletarier in den Streik gehest. Millionen und aber Millionen sind dem Kapital in die weiten unerfährlichen Taschen gerutscht und die Schaffer dieser Millionen, die bravere Vergleute, sie haben vielfach trotz angestrengtester Arbeit mit Weib und Kind gehungert. Angesichts dieser Tatsachen bedarf es, Verbandskollegen, wohl nicht erst der Mahnung, daß Ihr alle Solidarität üben sollt, das ist einfach selbstverständlich. Es gilt Brod für die Streikenden zu schaffen, damit sie nicht aus Hunger gezwungen werden können, den gerechten Kampf aufzugeben und als willenlose Sklaven die Peitsche der Unternehmer zu küssen. Kollegen! Was wir in diesem Kampfe an Unterstützung geben, das geben wir für uns selbst, für die ganze um bessere Existenz ringende Arbeiterklasse. Regelmäßig jede Woche, nicht nur einmal, müssen wir unser Scherflein abliefern, geben so viel als uns zu geben möglich ist. Sammelt, gebt, unterstützt, damit der Uebermut der Kapitalsprogen gebrochen werde! Gelder sind an die örtlichen Kartelle abzuführen.

Der Zentralvorstand.

Zum Bergarbeiterstreik!

Schwer von starrer Nacht umfungen,
Brechen sie im Erdenkloß,
Unter Qualen, unter Bangen,
Heißer Arzzeit Schätze los.

Sind von schrecklichen Gewalten
Jeden Augenblick bedroht,
In den Klüften, in den Spalten
Lauert hundertfach der Tod!

Keuchend mühen sich die Glieder,
Wo der Hülle Atem weht,
Tauchen auf und tauchen nieder,
Wie im Braun der Eimer geht.

Und des Lichtes gold'ne Welle,
Die kein Bettler missen mag,
Labt sie mit gesunder Helle
Nur an seltnem Feiertag.

Und sie leiden und sie fromen
Jahr um Jahr in gleicher Müh'
Arme Sklaven reicher Drohen!
Welken bald und sterben früh!

Kann's Euch wundern, wenn sie riefen
Grollend jetzt nach Recht und Licht,
Wenn's aus ihres Herzens Tiefen
Jäh' wie schlagend Wetter bricht?

Wenn die Schar mit einem Schlage
Sich der grossen Macht besann,
Die Euch oben hier, am Tage,
Bittre Sorgen lehren kann?

Merkt Euch: Wenn sie feiern werden
Crotzig dort im Kohlenkloß,
Wird es kalt auf Euren Herden,
Dunkel sein in Eurer Nacht!

Und der Strom des Lebens flutet
Nimmer bald landaus, landein,
Wie ein Leib, der sich verblutet,
Stumm und öde wird es sein!

Alle Essen sind erloschen,
Alle Räder stehen still —
Und das alles, weil um Groschen
Krämerselbstsucht fesseln zieht!

Weil die Däbiger der Bedränger
Baren Vorteil darin sieht,
Daß ein Viertelstündchen länger
Sklavenhand am Karren zieht!

Mögt Ihr da noch lange grübeln,
Was der Arme darf und soll?
Könnt Ihr seinem Zorn verblöden,
Dass er endlich überquoll?

Wahrlich, nein! Und brausend weiter
Walle dieses Sturmes Lauf!
Und für Euch, gerechte Streiter,
Schalle schmetternd ein Glück auf!

Das Warenhaus A. Wertheim als Arbeitgeber.

Die Geschichte des Warenhauses A. Wertheim ist ein Stück Berliner Entwicklungsgeschichte. Als kleiner Handelsladen begann die Firma in der Rosenthalerstraße ihr Dasein vor noch nicht 2 Decennien. Ein Warenhaus in stolzer Pracht und kolossalen Dimensionen lenkt heute die Augen aller Passanten der vornehmen Leipzigerstraße auf sich. Auf den Schultern der Arbeiterkundschaft ist dieser Prachtbau entstanden, mit dem Profit aus den Einkäufen der Proletarier zumeist sind die Grundquadern für diese moderne Metropolis Merkurs gelegt worden. Es ist kaum ein Jahrzehnt her, da gehörte A. Wertheim noch zu den in den Augen des Spießbürgerturns und denen der Hause bekante verurteilten Handelsbargen Verlinz, es kam höchstens als Konkurrent der bekannten Firma Lubasch in Betracht.

Damals von allen Seiten angefeindet und von den hohen und höchsten Herrschaften wie der Gottseidelnus gemieden, war es lediglich die weitsichtige und tolerante Berliner Arbeiterkundschaft, die, alle Vorurteile außer Acht lassend, ihre Einkäufe bei A. Wertheim machte. Dieser Tatsache schenkte sich die Firma eine Reihe von Jahren lang bewußt zu sein, sie benutzte sich im großen und ganzen genommen gegenüber der Arbeiterkundschaft so wie sich Gentlemen im allgemeinen zu benehmen pflegen. Die Organisation der Angestellten hatte deshalb auch keine Ursachen zu besonderen Klagen über dieses Warenhaus. Ein faustter Trud auf gewisse Empfindungsnerben genügt zumeist, um den zeitweilig — wie es in einem so großen Betriebe begreiflich ist — sich mehrenden Beschwerden Abhilfe zu verschaffen.

Die Chefs des Hauses waren fernerzeit mit der Wahl einer künftigen künftigen Verwalterkommission der Angestellten einverstanden, und so wurden entstehende Differenzen stets im Reine erledigt resp. aus der Welt geschafft. Die Firma selbst hat unter diesem ins Konstitutionelle schillernde System gewiß nicht an Autorität den Angestellten gegenüber und an Ansehen nach außen hin gelitten. Im Gegenteil, sie hat ihre Positionen nach jeder Richtung hin dadurch weitausgehend verbessert. Doch da eines Tages wendete sich das Blatt. Die alte Geschäftsleitung, an deren Spitze der tolerante und stets in vornehmer, gentlemanischer Weise handelnde Geschäftsführer Solz stand, verabschiedete und an seine Stelle trat ein Mann, der Herrn Solz zwar nicht an Wissen und Einnahmen und an geschäftlicher Tüchtigkeit, wohl aber an schnellem Aufstieg nach unten hin, weitaus übertraf. Neue Wesen lehren bekanntlich immer gut. Die neue Geschäftsleitung versuchte die eigene Stellung durch möglichste Anspannung des Personals zu festigen, die dabei erfolgte Herabminderung der Betriebskosten sollte die neuen Herren den Chefs unentbehrlich machen. Mit dem neuen Geschäftsführer Herrn Gerke zog so der Geist der Schamlosigkeit, der Unduldsamkeit und des un-

beschränkten Herrtums in das Warenhaus A. Wertheim ein. Zwar waren es keine Herrenmenschen im Sinne des Philosophen Friedrich Nietzsche, keine Edelmenschen, keine ausserordentlichen Exemplare der zeugenden Natur, aber sie hatten es wenigstens dem idealen Herrenmenschen abgekauft, wie er sich rümpelt und wie er spuckt. So betrachteten diese Herren es denn auch als ihre oberste Aufgabe, das schon konstitutionelle Arbeitsverhältnis durch ein zaristisches, absolutes Regiment zu ersetzen. Bei diesem Bestreben war natürlich unsere Organisation im Wege, und so galt es, diese erst im Hause unschädlich zu machen. Wer jemand hängen will, findet auch einen Strick. Das erfuhr denn die Vertrauensleute der Organisation im Hause Wertheim am eigenen Leibe, sie mußten nacheinander gehen, daß die alten, vornehmen, gentlemanischen Grundsätze der Arbeiterbehandlung bei der Firma nicht mehr in Mode waren. Das Beschwerderecht war jetzt so ungefähr nach preussischem Militärrecht geregelt, Beschwerden durfte sich jeder, der dazu Lust hatte, der Erfolg zeigte sich dagegen zumeist in der Gestalt der Entlassung. Kollektivbeschwerden wurden als Meuterei aufgefaßt und die Anführer entsprechend zur Verantwortung gezogen. Kein Wunder, daß dem Personal schließlich das Beschwerdebringen gründlich verging und es sich an die Obedienz und an die Organisation wandte. Hühndorff hatte sich nachgerade eine ganz hübsche Portion angekauft. Abgesehen von den zahlreichen willkürlichen Entlassungen war auch die Verhandlung besonders der Hilfsarbeiter vielfach eine solche geworden, die einem feinsinnigen Menschen nicht gerade angenehm war. Bei den Entlassungsspausen, die schon nur 15 Minuten dauern, gingen zumeist noch 5 bis 10 Minuten dadurch den Angestellten verloren, daß die etwa zeitweilig in Betracht kommenden 250 Mann alle ihre Waren bei einer einzigen Kassiererin holen mußten. Die „Sparfamkeit“ der neuen Geschäftsleitung war dabei für die Angestellten recht unangenehm fühlbar geworden.

Entgegen den ausdrücklichen gesetzlichen Bestimmungen, die für alle Handelsarbeiter eine ununterbrochene Ruhezeit von 11 Stunden vorseht, mußten Schaffner und Diener nach 9 Uhr abends noch mit Paketen nach den Vororten hinaus, am nächsten Tage aber wieder pünktlich um 7 Uhr im Geschäft sein. Ähnlich erging es bloß den Wadern, auch sie mußten nicht zu selten bis 12 Uhr nachts Dienst tun, ohne dann am nächsten Tage entsprechend früher antreten zu dürfen. Die vielfache Ueberrettung des Gesetzes seitens der Firma A. Wertheim ist bis jetzt nicht zur Abmilderung gelangt, weil unsere Organisation beide Klagen zugebührt hat, jetzt, nachdem die Firma unserem Verbande den Krieg erklärt hat, haben wir natürlich keine Veranlassung mehr, ähnliche ungeschickliche Vorwände nicht zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft zu bringen. Dies umsomehr, als dank dem Sparhysterie der Firma auch die Bezahlung der geleisteten Ueberstunden jetzt so manches zu vollenden übrig läßt.

Nach daß von 7 Uhr früh bis 9 Uhr abends mit nur einer Mittagspause von ½ Stunde, mehr als zulässig, durchgearbeitet wurde, ist zu konstataren und dies, obwohl das Gesetz ausdrücklich eine Mittagspause in der Dauer von mindestens 1½ Stunden vorschreibt.

Im Hause Wegscheiderstraße 11 oder von vielmehr für ca. 1000 Hausknechte nur ein einziger Toilettenraum mit 8 Klosets vorhanden, eine Zahl, die nicht nur allen hygienischen Anforderungen, sondern auch dem Interesse der Firma Sohn spricht.

Das wäre das hauptsächlichste, was an Verbesserungen vorhanden ist, erschoß sich dadurch die Klagen natürlich noch lange nicht.

Die weitere Entwicklung der Sache, die Ergebnisse der Verhandlungen sind unteren Lesern bereits bekannt und erübrigt sich deshalb ein näheres Eingehen darauf. Erinnern wollen wir nur noch daran, daß die neue Geschäftsstellung in unbegreiflicher, die Firma allein schädigender Lässigkeit erlärte, „es ist nicht mehr so wie früher, bel uns laufen jetzt hohe und höchste Herrschaften“ und „einen Woytoll der Arbeiter fürchten wir nicht“, was in der Arbeitssprache umgelegt etwa heißt: Ihr Arbeiter könnt uns jetzt sonst was. Diese Ansprüche wurden zwar seltens der aufsehnend über recht wenig persönlichen Mut verfügbaren Geschäftsleitung, um die eigene Person zu retten, bestritten, als aber ein Eid dafür angeboten wurde, da hat man sich wohlweislich und sehr fäulterlich über die unangenehme Angelegenheit ausgesprochen. Den Mann, der den Beweis für jene Ansprüche erbringen wollte, hat man, den eigenen Absicht zu vermeiden, schleunigst vor die Tür gesetzt und ihm auch den verlangten Zutritt zum Chef der Firma verweigert.

Die Verbesserungen der Angeestellten zu prüfen, die gewählte Kommission zu vernichten, dazu hat man sich heute noch keine Zeit gefunden, man hat es in dieser Sache mit dem System der wirtschaftlichen Kollisions, die Angeestellten werden nicht als gleichberechtigte Mitglieder der menschlichen Gesellschaft betrachtet, sondern als Untergetane, als Sklaven, denen man höchstens zweifelhafte Wohltaten spendet.

Und wenn auch die Geschäftsleitung mit den den Angeestellten erwiesenen Wohltaten sich — wie der Berliner zu sagen pflegt — besonders dide getan hat, so sind diese doch weniger zum Nutzen der Angeestellten, als zum Vorteil der Firma selbst gegeben worden. Es gibt unter den Kapitalisten selbst anerkannter Wertes noch Leute, die christlich genug sind, zuzugestehen, daß Wohlfahrtsvereinigungen in erster Linie mit Rücksicht auf die eigenen Interessen der Arbeitgeber geschaffen werden. Wir empfehlen der berechtigten Geschäftsleitung des Warenhauses Wertheim folgende Ausstellungen der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“, einem Organ, das gewiß nicht im Gerüche der Arbeiterfreundlichkeit steht, zur Kenntnisnahme. Diese Zeitung schreibt unter anderem folgendes:

„Ueber die praktische Bedeutung der Arbeiterwohlfahrtsvereinigungen herrschen in den Kreisen des Unternehmertums zum Teil recht irrtümliche Ansichten. So ist es denn wohl am Platze, auf diesen Gegenstand in möglichst unparteiischer Weise einzugehen. Die auf das Wohl der Arbeiterwelt gerichteten Bestrebungen besitzen keineswegs einen rein karitativen (wohlthätigen) Charakter. Sie entspringen vielmehr in erster Linie Erwägungen sozialpolitischer Art. Außerdem unterscheiden sie sich von den Werken der freien Wohltätigkeit dadurch, daß zwischen Gebern und Empfängern, d. h. also zwischen Unternehmern und den Arbeitern, ein Geschäftsverhältnis, nämlich der Lohnvertrag besteht, woraus für den Geber die Möglichkeit erwächst, die Kosten für die Wohlfahrtsvereinigungen auf den Empfänger selbst abzuwälzen, indem er sie vom Lohn abzieht. Allerdings läßt es sich schwer oder gar nicht nachweisen, wie weit der einzelne Unternehmer von dieser Möglichkeit Gebrauch macht, weil sich da, wo die Wohlfahrtsvereinigungen einen größeren Umfang erreicht haben, meistens nur ein isolierter Betriebsbetrieb handelt, so daß die Möglichkeit eines sachlichen Vergleichs der dort gezahlten Löhne mit den an anderen Orten üblichen so ziemlich ausgeschlossen erscheint. Im allgemeinen liegen die Verhältnisse so, daß die Errichtung von Wohlfahrtsvereinigungen geradezu durch das Interesse der Arbeitgeber selbst bedingt ist.“

Man kann darnach sagen, daß überall da, wo für die Arbeitgeber ein Vorteil aus solchen Wohlfahrtsvereinigungen nicht erwächst, deren Schaffung auch unterbleibt.

Das eigentliche Interesse der Arbeitgeber erfordert eine gute und billige Verpflegung der Arbeiter. Denn sobald die Arbeiter ihren Lebensunterhalt teuer bezahlen müssen, werden die Löhne steigen.

Wenn auch die Anzahl der durch praktische Erfahrung von ihren früheren Ansichten über die Bedeutung der Wohlfahrtsvereinigungen als sozialpolitisches Hilfsmittel verfestigten dauernd wächst, so kann es den Arbeitgebern in ihrer Gesamtheit doch sicherlich nicht dienlich sein, wenn jeder einzelne erst am eigenen Risse Schaden erleiden muß, um die Dinge in rechten Sinne zu erblicken.

Mindestenswert wäre es vielmehr, wenn das Organisationswerk, von dem sich eine nicht unbedeutende Minderheit noch immer fern hält, dadurch machbar gefördert würde, daß die behandelten Vorurteile und veralteten Anschauungen sobald wie möglich beseitigt würden. Das heißt also: Die Arbeitgeber müssen einsehen lernen, daß Arbeitsnachweise, Pensionskassen und Arbeiterwohnungen, sobald sie von den Arbeitgebern eingerichtet und verwaltet werden, Institutionen darstellen, die zwar den Arbeitern zum Vorteil gereichen, zugleich aber auch in nachhaltiger Weise den Interessen der Arbeitgeber dienen.“

Wir befinden uns in der eigentümlichen Situation, die bezüglich mit der „Arbeiterzeitung“ ganz einer Meinung

zu sein. Die berechtigten Geschäftsleitung wird nun wissen, daß sie den Angeestellten bezüglich der Wohltaten der Firma kein A mehr für ein U machen kann, daß die Arbeiter vielmehr umfassen die, die erhaltenen Wohltaten nach ihrem tatsächlichen Werte und im rechten Maße zu beurteilen. Die Angeestellten verzichten gerne auf zweifelhafte Wohltaten, auf Brosamen, die von der Salzen Tische fallen, sie verlangen nur ihr gutes Recht, und daß dieses ihnen werde, dafür wird die Organisations-Sorge tragen.

Das Warenhaus Wertheim will nicht länger von den Arbeitern belästigt sein, die Arbeiterzeitung wird und muß ihre Konsequenzen daraus ziehen, das wird die allernächste Zeit lehren.

Berlins Proletariat werden mit ihrer Kunsthaft das Warenhaus A. Wertheim so lange nicht mehr behelligen, bis jenes sich dazu bequemt, zu den alten früher gepflegten Grundfähen zurückzukehren, unsere Organisation als die rechtliche Vertreterin ihrer Angeestellten anzuerkennen und darnach zu behandeln.

Es gibt neue Arbeit!

Der Beirat für Arbeiterkassistik war seit Montag, den 9. d. Mts., versammelt, um zunächst 58 Auskunftspersonen des Fuhrgewerbes zu vernehmen. Es waren alle Branchen des Gewerbes vertreten. Solvete die Auskunftspersonen über die tatsächlichen Verhältnisse befragt wurden, wurde jetzt durch Stillberungen in Worten bestätigt, was bereits durch die schriftlichen Erhebungen festgestellt ist, d. h. daß die Fuhrleute in der Regel so lange Arbeitszeit haben, daß nicht einmal die zum Essen und Schlafen nötige Zeit bleibt. Jemand, welcher Zeit zur Erholung und zum Lebensgenuss haben die Leute gar nicht, da das Jahr für die Arbeiter in der Regel 365 Arbeitstage hat. Die einzige Mühseligkeit, die genommen wird, ist meistens die Rücksicht auf die Pferde. Hat der Arbeiter nur ein gewisses Pferd, dann arbeitet er so lange wie die Pferde und hat dann, wenn die Pferde in den Stall geführt werden, dieselben zu bedienen, also zu füttern, putzen und zu tränken. Da diese Arbeit einige Stunden in Anspruch nimmt, übersteigt der Arbeitszeit des Arbeiters den Werbearbeitstag um einige Stunden. Wo Pferdebesitzer und Fuhrleute getrennt sind, tritt meistens ein günstigeres Verhältnis ein. So wurde z. B. aus dem Omnibusbetrieb der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft mitgeteilt, daß die Pferde täglich 25 Kilometer zu laufen haben, also eine tägliche Arbeitszeit von vier Stunden haben. Vängere Arbeit würde die Gesundheit der Pferde zu sehr angreifen. Hier wären die Arbeiter glückliche Leute, wenn sie die doppelte Arbeitszeit wie die Pferde hätten. Aber da wurde mitgeteilt, daß zwischen Beginn und Ende der Arbeit 16 Stunden liegen. Dieses sei aber keine Arbeitszeit, weil diese Arbeit von vielen Pausen unterbrochen wird. Nach Abzug der Pausen bleiben nur 12 Stunden wirkliche Arbeitszeit. Worin bestehen aber die sogenannten Pausen? Ein gewöhnlicher Arbeiter wird an eine Frühstücks-, Mittags- und Vesperpause denken. So ist es hier aber nicht. Der Wagen fährt je nach der Linie 35 bis 40 Minuten. Zwischen Anfang und Absatz liegen, wenn keine Verhältnisse durch schlechtes Wetter, Straßenstörungen u. dgl. eingetreten sind, acht Minuten. Diese Zeit muß der Arbeiter ausnützen, um zu essen oder zu trinken oder sonst menschliche Bedürfnisse zu befriedigen. Der Arbeiter muß also ein Vortriebe im Schnellsein sein. Wertvoll ist die Beobachtung der Arbeiter im Fortem des Schutzes. Die meisten wären zufrieden, wenn man ihnen nur Zeit zur Nachtruhe gewähren würde. Man glaubt, daß es nicht anders eingerichtet ist. Nur einige Unternehmer aus dem Spektakel- und Fruchtgewerbe betriebe waren der Meinung, daß es besser sei, wenn ein Maximal-Arbeitszeit vorgeschrieben werde. Freilich wollten sie einen 14-15 stündigen Arbeitszeit haben. Mit dem Gedanken, daß bei längerer Arbeitszeit ebenfalls Geld verdient wird, sieht sich kein Mensch befriedigen zu können, obwohl es doch auf der Hand liegt, daß überarbeitete Pferde und Menschen weniger leistungsfähig sind.

Die Verhandlungen sind stenographisch aufgenommen und werden den Sozialpolitikern viel Stoff geben. In einem späteren Stadium werden die Organisationsfragen befragt werden, ob und wie die Maßnahmen a) beseitigen sind und wie eine Regelung der Arbeits- i. der Sonntagsruhe u. dgl. herbeigeführt werden kann. Sodann wurde ein Fragebogen festgestellt, der an die Organisationsfragen des Fleischer Verbandes werden soll. Hier werden die Organisationsfragen befragt, welche Regelung der Arbeits- und Ruhezeiten sie für erwünscht und durchführbar halten.

Als letzter Gegenstand wurde dann über die weitere Behandlung der Frage betreffend die Arbeitszeit der in Kontoren beschäftigten Personen verhandelt. Bei Beginn der Verhandlungen kam zunächst ein Angelegenheit zur Sprache, die ein großes Schlaglicht auf die Reichsfinanzen wirft. Seit Schaffung des Beirats für Arbeiterkassistik wurde etwas stärker gearbeitet als früher in der Kommission für Arbeiterkassistik. Die letztgenannte Kommission hat in den letzten Jahren ihres Bestehens immer nur einige hundert Mark von dem im Etat angelegten 39 000 Mk. verbraucht. Seit Begründung des Beirats wird das „Reichsarbeitsschiff“ herausgegeben und ist auch entsprechend der gesteigerten Arbeit eine größere Anzahl von Druckfachen herausgegeben, so daß die Bruderrückrechnung in einem Jahre auf 40 000 Mk. angewachsen ist. Nun ist man im Bundesrat der Ansicht, daß diese Rechnung bald über die Zahlungsfähigkeit des Reiches hinausgeht und es wurde dem Beirat anheim gegeben, zu erwägen, ob hier nicht einige Beschränkungen eintreten können. Hier zeigt sich, daß der Bundesrat auch parham sein kann, wenn nicht gerade der Militär-, Marine- oder Kolonialrat beraten wird.

Zur Sache selbst wurde allseitig zugegeben, daß durch die Befragung der Organisationsfragen nach eine Reihe von Mängeln aufgedeckt sind, die durch die Fragebogen

nicht ermittelt sind. Namentlich sind große Mängel aufgedeckt, soweit die Sanitätsarbeiter in Betracht kommen. Diese bilden gewissermaßen das Bindeglied zwischen dem Großhandel und dem Spektationsfuhrwerk. Die Lage der hier in Betracht kommenden Arbeiter ist ähnlich wie die der Fuhrleute im Spektationsfuhrwerk. Es geschloß wurde, die Erhebungen fortzusetzen und Auskunftspersonen aus den Kreisen der Prinzipale, der Handlungsgesellschaften und der Handelskassistenarbeiter zu vernehmen. Sodann soll das Reichsgesundheitsamt ein Gutachten darüber abgeben, ob durch die gegenwärtige Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird.

Zum Schluß kündigte Sige an, daß er den Teil seines Antrages betreffend die Erhebungen im Fuhrgewerbe, den er in der Kommission für Arbeiterkassistik hatte fallen lassen, wieder aufnehmen werde. Er hatte damals beantragt, die Erhebungen auf das ganze Fuhrgewerbe einschließlich der Straßenbahnen auszudehnen. Er ließ den Teil des Antrages, in welchem die Straßenbahnen genannt sind, fallen, weil die Kommission für Arbeiterkassistik sich nur mit den Verhältnissen der Arbeiter befassen dürfte, welche der Gewerbeordnung unterliegt sind. Die Straßenbahnen sind hierdurch aber durch § 6 ausgeschlossen. Diese Befreiung besteht für den Beirat nicht. Er kann sich mit allen Arbeiterfragen befassen. Nun wurde aber durch einen Regierungsvertreter mitgeteilt, daß bereits zwischen dem Reichs-Landtag und den Regierungen der Bundesstaaten Verhandlungen schweben, die auch darauf abzielen, die Erhebungen auf die durch Elektrizität, Dampf oder Pferde betriebenen Straßenbahnen auszu dehnen.

Der Gegen Gottes — verbrannt!

Winterstürme legen durch das Land und selbst dem Glaskinde, das sich in kostbare Pelze hüllen kann, frieren Nase und Ohren rot. Und gar erst die Proletariat, die ihre Mägen nur mit Lumpen bedecken können, weil der geringe Verdienst für warme Kleider nicht reicht, diese Armen klappen an allen Gliedern vor Kälte und durch alle Poren zehrt ihnen der grimmige Frost. Hat denn wirklich Mutter Natur so schlecht für die Kronen ihrer Schöpfung gesorgt, daß der Schuster barfuß laufen muß und dem Schneider der eisige Wind durch alle viele Hosenschnüre pfeift? Fast möchte man glauben, es seien der besten Arbeiter zu große Zahl auf der Erde, und diese könne nicht den Tisch für solche Sausen Kostgänger decken. Nein, dem ist nicht so. Zu viel der nützlichsten Dinge zaudert die glühende Naturkraft der Sonne goldenes Licht und unermüdlicher menschlicher Fleiß aus der harten Flammenrinde hervor, soviel, daß es künstlich wieder vernichtet werden muß, damit es der Menschheit nicht zum Uebel werde.

Wahnsinn — meinst in Deiner unschuldigen Einsamkeit, du lieber Leser — sei das, was hier gesagt und behauptet wird. Aber leider ist es nicht Wahnsinn, sondern eherne Wirklichkeit. Wirklichkeit ist es, Tatsache, wie hier an einem drastischen Beispiele bewiesen werden soll.

Ein gar seltsames Schauspiel hat sich den Wänden der Zuschauer an einem schönen Januartage des Jahres 1905 in Fort Gaines, einem Zentrum des Baumwollenspekulations im Staate Georgia (Vereinigte Staaten von Nordamerika).

Eine Anzahl von Menschen — Kaufleute und Farmer, die an der Baumwollenspekulation beteiligt sind — hatten sich dort auf dem Court-Haus-Platz versammelt. In der Mitte des Platzes hatte man eine große Zahl von Baumwollensackeln aufgestellt. Unter Gebe und unter dem Gesange religiöser Lieder setzten sich dann die Versammelten zu einer Prozession zusammen, die sich rund um den Platz bewegte. Dann nahm man eine Raubfahndung zur Hand, seht den Kaufmann Rohbaumwollens in Flammen, der in der Mitte des Platzes aufgestellt lag, und sah ruhig zu, wie das Feuer Tausende von Dollars an Werten versengte.

Was dieses seltsame Schauspiel zu bedeuten hat?

Nun, man höre!

Die Regierung hat einen Bericht veröffentlicht, nach welchem die diesjährige Baumwollenernte die größte ist, die jemals da war. Es sind mindestens zwei Millionen Ballen Rohbaumwolle mehr erzeugt worden, als der Weltmarkt gebraucht. Die übergroße Ernte drückt den Preis des Produkts aufs Schärffste herunter, er ist schon der niedrigste seit drei Jahren. Während im vorigen Jahre um dieselbe Zeit das Pfund Baumwolle an der New-Yorker Börse mit 14 Cents bezahlt wurde, ist der Preis derselben, jetzt auf 7 Cents gesunken. Sieben Cents an der Börse bedeutet aber weniger als sechs Cents für den Farmer. Die Kosten des Produkts werden sich in diesem Jahre auf rund 6½ Cents pro Pfund belaufen. Der Farmer wird also weniger für die Baumwolle erhalten, als ihm die Produktion derselben kostet.

Die Nachfrist von der großen Ernte und von dem niedrigen Preise hat wie ein Donner Schlag in der ganzen Baumwollenspekulation gewirkt. Ganz naturgemäß kam man zu der Frage, wie ist der Preis der Baumwolle mindestens so hoch zu treiben, daß die Farmer beim Verkauf derselben nicht noch Geld zuzufügen haben. Man kam zu dem verzweifelten Plan, einen großen Teil der Ernte zu zerstören, damit die Verminderung des Angebots die Konkurrenz verringert und den Preis hinaufreibt. Die Durchführung dieses Planes, die von Kaufleuten und Farmern vereinbart wurde, begann auf dem Court-Haus-Platz in Fort Gaines, und nicht bloß im Staate Georgia, sondern in

allen Baumwollensaatungen will man dem gegebenen Beispiel folgen.

Schon ist in verschiedenen anderen Blättern Georgias fortgesetzt worden, was in Fort Gaines begann. Schon beläuft sich der Wert der vernichteten Baumwollensaatungen auf Hunderttausende von Dollars. Man hat vor, nicht weniger als zwei Millionen Allen Rohbaumwolle zu je 500 Pfd. den Flammen zu überliefern. Zum jetzigen niedrigen Preise von 6 Cts. das Pfund würde das eine Summe von sechzig Millionen Dollars (eine Viertelmilliarde Mark) ausmachen, die dem Feuer abstrichlich übergeben wird, weil die Arbeit des Menschen zu sehr mit Erfolg gekrönt wurde, weil die angeführte Warenmenge so groß, weil der erzeugte Reichtum weit über den Bedarf der Menschen hinaus angewachsen ist.

Ueber den Bedarf der Menschen hinaus notwendig nur unter den heutigen Umständen Tausende und Aber-tausende von Menschen gehen in Lumpen. Millionen würden mit ihren abgetragenen Kleidern gegen neue verkaufen. Hunderttausende gehen müßig; sie würden, ach, wie gerne, mit den müßigstehenden Maschinen ihre überflüssige Rohbaumwolle zu Kleidungsstücken verarbeiten. All das erlaubt unsere berrückte Gesellschaftsordnung nicht, die sich auf das Privatgütertum stützt und die Produktion und den Austausch durch die Konkurrenz regeln. Man verbrennt Millionen und Millionen von Werten, um die am Reichtum der Produktion erhaltenden Farmer vor dem wirtschaftlichen Ruin zu retten.

Nat man je etwas Besseres gesehen? Wer von den Verteidigern der heutigen Ordnung kann solche Wahrheiten verteidigen? Wer ehrlich gegen sich selbst und gegen andere ist, der muß gestehen, daß dieser Vorgang ein Beweis für die Unvernünftigkeit unserer herrschenden Zustände ist, wie es kaum einen zweiten geben kann.

Und wenn irgend jemand ein Interesse daran hat, aus diesen Vorgängen zu lernen, so ist es besonders die Arbeiterklasse.

Selt einem halben Jahre befinden sich Tausende von Weibern und Spinnern in Fall River im Streite. Der Kampf ist mit einer unerbörten Erbitterung durchgeföhrt worden. Mit einer Ausdauer, die ihres Gleichen sucht, haben die Streikenden sich gegen eine Lohnreduktion zur Wehre gesetzt, deren Ursache für sie einfach den Hunger bedeutet hätte. Not und Elend sind in allen Gassen dort eingedrungen. Hunderte haben ihre Heimat verlassen, um außerhalb derselben Arbeit und Brot zu finden. Man verhandelte mit den Fabrikanten. Diese blieben hartnäckig dabei, sie könnten bei den bisherigen Löhnen nicht bestehen. Sie versprochen dann, die alten Löhne wieder zu zahlen, wenn der Preis der Baumwolle hernuniederge, weil sie billiges Rohmaterial für ihr Produkt erhalten könnten.

Nicht ist eine Baumwollensaatung vorhanden, wie sie noch nicht da war. Die Preise des Rohprodukts sind derart gesunken, daß die Farmer bei denselben nicht bestehen können, daß sie den Überfluß ihres Produktes verbrennen, um den Preis in die Höhe zu treiben. Die Textilarbeiter werden also weiter auf eine Verbilligung ihres Rohprodukts warten, sie werden sich an die geordneten Hungerlöhne gewöhnen, werden den Hungerriemen etwas fester schnallen müssen.

Weshalb der Preis der Rohbaumwolle hinauf, verhungern die Textilarbeiter. Weshalb der Preis derselben herunter, verhungert der Farmer. Der Kapitalismus sorgt dafür, daß ein Teil der Menschen stets zugrunde geht, und das trotz, ja wegen der Tatsache, daß mehr Güter erzeugt werden, als nötig sind.

Solch wahnsinnige haarsträubende Zustände kann nur die kapitalistische Gesellschaftsordnung zutellen.

Eine solche Gesellschaftsordnung ist wert, daß sie zugrunde geht, und zwar je eher, desto besser für die Menschheit.

Ein Eldorado.

Herrn Meyer u. Co. heißt hier eine Firma, welche es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Berlinern alkoholische Getränke in Massen zu „annehmbaren“ Preisen zu zuführen. Die Firma hat in allen Stadtbezirken, vornehmlich aber in Arbeitervierteln, hunderte von Verkaufsstellen eingerichtet, welche die von ihren Gespannen zugeführten Waren umsetzen. Da die Firma nun besonders auf die Arbeiterkundschaft rechnet, mußte man doch annehmen, daß die bei ihr beschäftigten Kutscher, Arbeiter und Arbeiterinnen geordnete Löhne und Arbeitsverhältnisse haben. Jedoch weit gefehlt! Es herrschen dort derrauchende mitleidige Verhältnisse, daß wir uns fragen: „Wie ist es möglich, daß in der Metropole der Intelligenz derartige „Musterbetriebe“ existieren?“

Die Kutscher und Mißfahrer haben eine Arbeitszeit von 16–18 Stunden täglich und erhalten hierfür den „Mienlohn“ von 14, 15–18 M. pro Woche. Rechnet man die Sonntagsarbeit hinzu, so kommt ein Verdienst von 10–18 Pf. auf die Stunde. Wer einen höheren Lohn hat, gehört zu den Markitän.

Ist dieser Lohn nun an und für sich schon zum Leben zu niedrig und zum Sterben zu hoch, so scheint die Firma auf dem Standpunkt zu stehen, daß ein Kutscher nicht mal diese Summe für sich braucht und nimmt nun, „menschenfreundlich“ wie sie ist, noch einen Teil für sich in Anspruch, d. h. sie macht Abzüge, welche aus den verbleibenden Positionen bestehen. Wie hoch sich da der Verdienst eines solchen Arbeiters stellt, ist aus folgenden Lohnbeispielen zu ersehen:

Nr. ...

für die Lohnperiode vom 5. 11. 04 bis 11. 11. 04.	
6 Tagelohn	16,— M.
Ueberstunden	—,—
Summa	16,— M.
Abzüge:	
Invaliddat	—12 M.
Krankentasse	—30 „
Kleidung	—25 „
Strasgeld	—25 „
Verkaumte Zeit (18 Min.)	—30 „ 1,04 „
Insgesamt	14,96 M.

Nr. ...

für die Lohnperiode vom 20. 11. 04 bis 2. 12. 04.	
6 Tagelohn	20,— M.
Ueberstunden	—,—
Summa	20,— M.
Abzüge:	
Ration	10,— M.
Invaliddat	—12 „
Krankentasse	—30 „
Kleidung	—25 „
Strasgeld	—75 „
Verkaumte Zeit (9, 53, 25 Min.)	—78 „ 11,96 „
Insgesamt	8,04 M.

Außer den hier angeführten Abzügen (auf einige kommen wir nachstehend nochmals zurück) hat der Kutscher mit der eingezahlten Ration für event. entstehenden Drucksachen etc. zu basten. Daß diese Summen oftmals nicht zu klein sind, zeigt folgende Mitteilung:

Berlin, den 30. November 04.

An den Kutscher Herrn ...
Wir teilen Ihnen hierdurch mit, daß wir Ihnen für verdiente, resp. abgegebenen Waren von Ihrer Ration M. 28,70 M. 5,58 abgezogen haben, so daß dieselbe jetzt nur noch M. 18,17 beträgt.

Wir erlauben Sie den Betrag da zu bezahlen, resp. Ihre Ration wieder umgehend zu ergänzen.

Herrmann Meyer & Co.
Waltstr. 11/12.

25. 11.: 1 Speiseeffig	—15 M.
1 „ do.	—18 „
1 Fl. Spiritus 90%	—70 „
29. 11.: 1/20 Kanne	—2 „
1/20 do.	—2,50 „
5,58 M.	

Sat nun ein Kutscher „Glück“, so kann es ihm passieren, daß er in einer Woche, wo der Verdienst schon ziemlich zusammengeschumpft ist, noch seine Ration, welche ihm wöchentlich in Abzug gebracht wird, zu ergänzen und ist so schließlich verpflichtet, zur Deduktion des entstehenden Defizits noch Geld von zuhause mitzubringen hat. Bei solchen Zuständen ist es wahrlich nicht zu verwundern, daß sich die Firma in dem Wahne befindet, von Spitzbuben und Dieben umgeben zu sein. Folgender Ukas, welcher den Angestellten in aller „Freundlichkeit“ überreicht worden ist, diene zum Beweise:

An unsere Arbeitsangehörigen!

Einige unserer Arbeiter haben sich Diebstähle an unseren Waren zu schulden kommen lassen. Jeder Diebstahl ist bisher nur mit sofortiger Entlassung bestraft worden, doch werden wir in Zukunft auch Anzeige bei der Polizei zur Verstrafung erlassen.

Unsere alten Arbeiter, welche schon lange bei uns beschäftigt sind, hätten die Pflicht gehabt, uns die Diebe in unserer Fabrik zu melden, sobald sie etwas Unregelmäßiges bemerkt haben. Leider ist dies nicht geschehen, jetzt durch Diebe ohne Unterschrift werden wir darauf aufmerksam gemacht. Leider müssen die ehrlichen Arbeiter auch darunter leiden.

Wir sind deshalb genötigt, von jetzt ab häufig Untersuchungen des Mittags und des Abends vorzunehmen zu lassen, so umgen wir dies auch tun. Wer sich dem nicht unterziehen will, kann die Arbeit bei uns einstellen.

Geschäftsbüro

Herrmann Meyer u. Co.

Bezüglich der Abzüge ist noch zu bemerken, daß den Kutschern und Mißfahrern, welche des Sonntags zu spät auf dem Hof erscheinen, ein ganzer Tagelohn als Strafe in Abzug gebracht wird. Auch hier führen wir zur Verstrafung dessen ein Schriftstück zur gef. Notiznahme bei.

Herrn ...

Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß Sie auch an den Sonntagen zu der Ihnen angegebenen Zeit zum Pferdeputzen, Wagen- und Geschirrräumen zu erscheinen haben.

Fehlen Sie an einem solchen Tage, wird von Ihrem gegenwärtigen Wochenlohn 1 Tag mit 3,14 gekürzt.

Geschäftsbüro

Herrmann Meyer u. Co.

Außerdem wird aber jede Minute Versäumnis, nach Pfennigen berechnet, in Abzug gebracht. Für Kleidung wird laut Lohnbeispiel 25 Pf. abgezogen. Man wird nun glauben, daß hierfür eine anständig aussehende Ktoree geliefert wird. Feilgeschossen! Es wird eine Jacke, welche teilweise zerfallen, teilweise gestrichelt und eine Mütze, an der größtenteils kein Schirm mehr ist oder das Futter herausgerissen ist, geliefert, so daß die Kutscher und Mißfahrer zum Spott und Hohn in den Straßen Berlins herumkutschieren müssen. Nebenbei bemerkt, die Reparaturen an dieser „Ktoree“ müssen die Leute selbst besorgen. Genau so wie die „Mützen“ sind auch Pferde und Wagen beschaffen. An den Wagen sehen vielfach die Verschleißklappen oder hängen in einer Angel, die Pferde sind teilweise lahm und unbrauchbar. Sat nun ein Kutscher den Mut, dieses zu rügen, so wird dieser von

dem Inspektor angefahren, mit Exkulationen aus dem „Zoologischen Garten“ benannt oder er wird an den „Gauschmied“ verwiesen. Dieser Herr scheint auch der Meinung zu sein, daß die Knochen der Kutscher und Mißfahrer bei dem hohen Verdienst und der langen Arbeitszeit zu früh stief werden. Um dies zu verhindern, läßt er die Leute erzürnen machen, die an Kolernienhöfen erinnern, d. h. die Kutscher und Mißfahrer müssen an ihre Geschirre antreten und dann wird kommandiert: „Aufgesessen“, „abgeessen“, und dieses wird wiederholt bis alles „kloppt“.

Dieses für heute genug. Mit den anderen Kategorien von Arbeitern werden wir uns in einer der nächsten Nummern beschäftigen.

Den Kollegen und Kolleginnen bei dieser Firma aber rufen wir zu: Folgt dem Beispiel einer Anzahl Kollegen und schließt Euch Mann für Mann Eurer Berufsorganisation an. Nur so ist es möglich, geregelte und menschenwürdige Zustände zu schaffen. Nimm in den Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

20 Jahre Krankenversicherung.

Am 1. Dezember 1904 waren zwanzig Jahre seit Einführung der obligatorischen Krankenversicherung verstrichen. Zwanzig Jahre der Entlohnung und starrer Arbeit.

Dem Krankenversicherungsgesetz liegen wie vielen andern politischen wie wirtschaftliche Motive zugrunde. Nachdem Bismarck dem deutschen Proletariat das Sozialversicherungsgesetz beschert, ihm alle politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zerstört und jede selbständige Bewegung rücksichtslos hatte unterdrücken lassen, glaubte er die Zeit gekommen, durch sogenannte sozialreformistische Maßnahmen der Sozialdemokratie den Todesstoß zu geben. Das preußische Junkertum glaubte mit Bismarck, durch „Judenrot und Pöbel“ die deutsche Arbeiterklasse zur Kasse bringen zu können. Der Erfolg dieser genialen Politik ist bekannt.

Die rasche Entlohnung der Industrie ließ das deutsche Proletariat mäßig anschwellen und drängte es in industriellen Gegenden zusammen. Die Anhäufung großer Massen Volksgenossen mußte für die betreffenden Gemeinden neben hohen Schulkosten nicht minder hohe Armenlasten im Gefolge haben, die vielerorts die Gemeinden zu erdrücken drohten. Dazu kam die Ende der sechziger und Anfang der achtziger Jahre des verflochtenen Jahrhunderts herrschende wirtschaftliche Krise mit ihren für die Arbeiter verheerenden Folgen; kein Wunder, wenn man auf eine anderweitige Regelung der Armenunterstützung bedacht war. Das sozialdemokratische Verlangen, die Armenlasten auf den Staat zu übernehmen, fand natürlich keine Gegenliebe. Man schuf die Arbeiterversicherung, den Ersatz der Armenpflege.

Wenn die politischen Erfolge der deutschen Arbeiterversicherung den Wünschen der Bismarck und Genossen sicher nicht entsprachen, so konnten sie mit den wirtschaftlichen Ergebnissen sehr zufrieden sein. Die deutsche Arbeiterversicherung wurde in der Praxis zur „anderen“ Regelung der Armenunterstützung, und dabei machten die Versicherung kein schlechtes Geschäft; wurde doch der Arbeiter die Beitragspflicht auferlegt, und soweit die Arbeitgeber Beiträge zu zahlen haben, werden diese entweder direkt auf die Arbeiter durch Vorenkauf besserer Löhne abgezogen oder als Geschäftsumkosten auf die Produkte geschlagen, die die große Masse — und das sind die Arbeiter — konsumiert. Die Ausgaben der Gemeinden für Armenunterstützung sind nach Einführung der Arbeiterversicherung relativ außerordentlich gefallen, ihre Schwerekraft ist aber gestiegen. Von Wert für die Arbeiter ist natürlich, daß sie einen Rechtsanspruch auf Unterstützung haben und nicht „Almosensammler“ bei Krankheit und Betriebsunfällen werden. Die Unvollkommenheiten kann sie aber davor bekanntlich nicht schützen.

Durch eine kaiserliche Verfassung wurde am 17. November 1881 die Arbeiterversicherung angeknüpft. Als erstes kam das Unfallversicherungsgesetz zur Vorlage, das aber im Reichstage zunächst verworfen wurde. Mit dem Krankenversicherungsgesetz hatte Bismarck mehr Erfolg, es wurde nach langwierigen Verhandlungen im Reichstage angenommen, am 15. Juni 1883 publiziert und am 1. Dezember 1884 in Kraft gesetzt. Die Sozialdemokraten stimmten gegen das Gesetz, weil weder die Organisationen der Krankenversicherung, noch ihre Leistungen den berechtigten Ansprüchen der Arbeiterklasse entsprachen und weil das Gesetz mit einem bürokratischen Wust ausgestattet war, der die freie Selbstverwaltung und gedeihliche Entwicklung verhindern mußte. Dazu kam die Gefährdung der bis dahin bestehenden und sich gut entwickelnden freien Kassen.

Aus dieser Stellung hat man bei jeder Wahl der Sozialdemokratie einen Strich zu drehen versucht; wie der Erfolg zeigt, immer vergeblich; das Volk hat noch immer diejenigen am besten verstanden, die ganze Arbeit zu machen suchten.

Die Arbeiterklasse weiß genau, daß die Sozialdemokratie im Reichstage zu vielen und anderen Gesetzen eine große Reihe von Verbesserungsanträgen stellte, die aber im Interesse der Unternehmer und des übrigen Teiles der Bevölkerung abgelehnt wurden. Die Sozialdemokraten waren nicht gegen Verbesserungsanträge, aber gegen Zwangsmaßnahmen; nicht gegen die Krankenversicherung an sich, sondern gegen ihre Unzulänglichkeit und ihre Form.

Die Durchföhrgung des Gesetzes stieß erklärterweise auf viele Schwierigkeiten. Obwohl das Gesetz inhaltlich fünfmal abgeändert worden ist, so blieb es bezüglich der Organisation und der grundlegenden Bestimmungen doch immer beim alten.

Die reichsgesetzliche Krankenfürsorge umfaßt auch heute noch nicht die Landarbeiter, die Diensthöfen und die Heimarbeit; selbst diese verdrängt sind, sind sie es auf Grund von Landes- bzw. Ortsgesetzen.

Einer der größten Mängel des Gesetzes ist, daß es eine Zersplitterung in kleine Kassen und Mäßen zutut. Das ist ebenso verwerflich als die Kleinrenten. Da zwei

den Gemeindefrankenversicherungen, Oriskantenklassen, Vertriebsfrankentassen, Knappschaffklassen und Hilfsklassen zugeordnet. Dazu kam, daß nahezu jedes Gewerbe eine Oriskantenklasse für sich errichten konnte — damit wurde aber nicht den Arbeitern, sondern meistens den Unternehmern genügt.

Um einen Uebersicht vom Umfang der Versicherung zu ermöglichen, sei einiges angeführt, wobei wir nicht in den Fehler bürgerlicher Selbstschreiber verfallen wollen, indem wir nur mit den großen Gesamtsummen operieren. Mehrere wollen wir auch feststellen, was der Versicherte in Krankheitsfällen pro Tag erhält.

Die Zahl der Versicherten betrug im Jahre 1901 10 319 561. Davon mögen viele Versicherte doppelt gezählt sein. Unter dieser Zahl befanden sich 2 300 000 Frauen und Mädchen.

Als Träger fungierten 22 770 Kassen und Kassen-einrichtungen. Im Durchschnitt kamen auf jede ca. 453 Mitglieder. Die Einnahmen der Kassen betrugen im Jahre 1901 300 350 677 M., die Unternehmern hatten dazu 58 624 886 M. beizutragen. Die Ausgaben betrugen 194 060 030 M. Das Vermögen der Kassen belief sich am Jahreseschluß auf 186 645 193 M. Auf 100 versicherte Männer kommen im Jahre 40,4 Entkräftungs-fälle mit Erwerbsunfähigkeit.

Bei den Frauen wurden von 100 nur 32,3 krank und erwerbsunfähig. Die Dauer der Krankheit ist aber bei den Frauen eine größere, als bei den Männern, bei Frauen beträgt sie durchschnittlich ca. 21, bei den Männern 17½ Tage pro Fall.

Ein Krankheitsfall verursachte im Durchschnitt 45,98 Mark Kosten; diese verteilen sich folgendermaßen: ärztliche Behandlung 9,13 Mark, Arznei 7,17 Mark, Krankengeld 20,83 M., sonstige Leistungen 8,55 M.

Auf den Krankheitsfall entfällt ein Gesamtanstoß von 2,53 M., davon kommen auf ärztliche Behandlung 52 Pf., Arznei 39 Pf., Krankengeld 1,14 M., und sonstige Leistungen 48 Pf. Von diesem Krankengeld muß oft eine zahlreiche Familie erhalten werden, wobei zu bemerken ist, daß bei den Gemeindefrankenversicherungen nur der halbe Tagelohn der geschäftlichen Tagelöhner als Krankengeld gewährt wird und nur an erwachsene männliche Personen.

Darüber haben wir noch im Königsberg Sachen Orte, wo 70 Pf. Krankengeld an Arbeiter bezahlt wird, in Schlefien und Ostpreußen gar nur 55 Pf. Dabei gewährt die Gemeindefrankenversicherungen auch heute noch Sterbegeld nach Wöhrnerinunterstützung, an Familienunterstützung gar nicht zu denken.

Bei den organisierten Kassen, vor allem bei den Oriskantenklassen, sind infolge der erzieherischen Mitarbeit der Arbeiter die Leistungen wesentlich über die Minimal-fälle gesteigert worden. Das Krankengeld wurde erhöht, die Unterstützungsdauer verlängert. Die Oriskantenklassen in Sachen, vor allem die zu Dresden, Leipzig, Chemnitz und Plauen, errichteten eigene Genesungsheime und gewährten je nach den Verhältnissen Familienunterstützung in Form von freier ärztlicher Behandlung und Medikamenten, Wöhrnerin-Unterstützung, Sterbegeld für Frauen und Kinder, Beihilfe bei deren Verpflegung in Heilanstalten usw.

Diese erzieherische Tätigkeit der Arbeitervertreter ist aber den Reaktionären und Bürokraten ein Dorn im Auge, es geht ihnen wider den Strich, daß auch die Arbeiter regieren und verwalten können. Damit wird ja der Unternehmer Entbehrlichkeit beweisen und das ist „Umlauf“ der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung“, hingegen mobil gemacht werden muß.

Über gerade in Krankheitsfällen ist schnelle Hilfe doppelte Hilfe, letztere zu bringen ist sonst Bürokratismus mit seinem Altem- und Formelwerk außer Stande. Darum sind wegen der Selbstverwaltung, die Arbeiterversicherung ist für die Arbeiter, ihnen allein steht die Verwaltung zu.

Die Entlohnung der Krankenkassen ist vielerorts durch unerhöhte Forderungen der Ärzte gefährdet; eine gewisse Richtung unter diesen Herren möchte, z. B. in Leipzig und Köln, aus der Arbeiterversicherung eine Ärzteversicherung machen. Die Arbeiter sollen partout nicht bloß die krankenbesessenen Agrarier, sondern durch ihre Krankenkassen auch die krankenbesessenen Ärzte ernähren.

Gegen solches Anstehen dieses Teiles der Ärzte und gegen die zu seinen Gunsten verfügenden Behörden muß sich die Arbeiterkraft bis aufs äußerste wehren, ein Vorbild geben darin die Leipziger Arbeiter. Eine ausstehende, unüberlegene auch „Krankesgemäß“ Bezahlung muß und wird auch den Ärzten ohne Streit gewährt werden.

Es sei aber darauf verwiesen, daß sich das ärztliche Honorar per Krankheitsfall und per Krankentag im fortgeschrittenen Stadien befindet. Im Jahre 1885 wurden per Krankheitsfall 5,99 M., im Jahre 1901 bereits 9,13 M., als Arztentgelt gewährt; zurzeit dürfte es weit über 10 Mark betragen. Keine andere Ausgabe ist in gleichem Maße gestiegen.

So ist seit 1884 manche Besserung durchgeführt, meist aus eigener Kraft und Anregung der Arbeiter, wo sie indifferent oder einflusslos sind. Ist heute noch die Krankenunterstützung eine Bettelstube. Heute kann es sich für die Arbeiterkraft nicht mehr für oder gegen die Krankenversicherung handeln, sondern lediglich um ihre gründliche Verbesserung. Dazu ist vor allem nötig: Erweiterung der Versicherungspflicht, Zentralisation und freie Selbstverwaltung!

Aus unserem Beruf.

Wiederholer.

Leipzig. Die Frau- und Flaschenfabrikanten hielten kürzlich eine gut besuchte öffentliche Versammlung ab. Ein Kollege sprach über: „Wie werden die mit uns abgeschlossenen Tarifverträge seitens der Brauereien und Bierbrauereien zur Zeit eingehalten?“ Redner kritisierte dabei das Verhalten der Firma C. W. Naumann-Pagelitz, welche den Aufschern die jährliche Vergütung von 25 M. für das Herausheben des Esses aus dem Keller

abzog und die Beschwerde der Organisation abschlägig beantwortete. Zu der darauf folgenden Diskussion verurteilte der Kollege die Äußerung bezüglich der Agitation in den Brauereien zu üben, was ihm jedoch von verschiedenen Kollegen widerlegt wird. Kollege Schmidt erklärte, daß bei der Brauerei Böbinger und der Brauerei Sonderbräuerei abgeschlossen sind, was ganz gegen den Tarifabschluß verstößt. Kollege Schmidt verurteilt das Prozentsystem der Brauereien und fordert auf, endlich Mann für Mann sich der Organisation anzuschließen, um mit vereinter Kraft anstelle des letzten Tariffs 1903 einen verbesserten schaffen zu können. Sodann befragte Kollege Gräfe die Mitglieder des Flaschenfabrikanten und seine Folgen, daß in einer Versammlung die Flaschenfabrikanten sogar aufgefordert wurden, fremde Flaschen mitzunehmen. Nachdem er vorher auf die Vorgänge in der Brauereiarbeiterversammlung vom 11. Dezember 1904 kurz einging, stellte er den Antrag: Eine Kommission von 6 Mann zu wählen, welche für die Abschaffung des Pfandes zu wirken hat. Hierauf erklärte Kollege Böhr, daß sich selbst die Brauereien betr. des Pfandes immer in den Haaren liegen. Die Versammlung schloß mit einem beschließenden Satz an den Verband.

Folgende Resolution fand einstimmig Annahme: Die heute im Koburger Kur lagende Versammlung der in den Brauereien und Bierbrauereien und Biergärungsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeitervertreter schließt sich den Ausführungen des Referenten in der Tarifangelegenheit voll und ganz an. Die Versammlung verurteilt die häufigen Tarifdurchbrechungen seitens der Arbeitgeber auf das allerheftigste, und sind die Anwesenden der Meinung, daß einzig und allein die gewerkschaftliche Organisation insstande ist, aus die wenigen Errungenschaften, welche uns durch die Tarifverträge gesichert sind, hochzuhalten. Betreffs des Flaschenpfandes stellt sich die Versammlung auf den Standpunkt, daß dasselbe eine schwere Schädigung der Kollegen mit sich bringt und eine demoralisierende Wirkung haben würde. Auf Grund dessen sind die Versammelten der Meinung, daß die gänzliche Wiederabhebung des Pfandes eine Notwendigkeit ist, und beantragen deshalb eine heute zu wählende Kommission von 6 Mann aus der Flaschenfabrikanten dahin, daß diese in der demnächst stattfindenden Besprechung mit den Brauereibesitzern in diesem Sinne wirken.

Droschkenkutscher.

Unternehmer = Terrorismus. Wie das Unternehmertum den Arbeitern Verdrängungen gegen den dreimal heiligen Kapitalismus jahrelang nachträgt und auf Vorkommnisse solcher Arbeiter stützt, zeigt folgender Fall. Der jetzige Dienstmann, früherer Droschkenkutscher W. wurde dieser Tage — er hat noch die völlige polizeiliche Legitimation zu diesem Berufe — ausfindig gemacht zum Droschkenfahren aufgefordert. W. kam diesem Verlangen nach. Darauf erhielt der fragliche Fuhrunternehmer eine Postkarte mit folgendem Inhalt:

Herrn hier!
Da laut Vereinsbeschluss des Vereins der Besitzer Droschken 1. und 2. Klasse der Kutscher W. . . . vom Fuhrdienst ausgeschlossen ist, und Sie denselben in Ihrem Dienst beschäftigen (Nr. 125, 2. Kl.). So werden Sie hierdurch aufgefordert, W. sofort zu entlassen. W. rufenfalls Sie in Strafe verfallen.

Dresden, den 13. November 1904.
Mit Collegialen Gruß
Emil Lehmann

3. 3. Vorsitzender des Vereins der Besitzer Droschken 2. Kl. So vorläufig das Schreiben. W. war seinerzeit an der Arbeiterbewegung der hiesigen Droschkenkutscher beteiligt. Das ist nun etwa drei Jahre her! War immer noch leben die Nachgeborenen in der Brust der Unternehmer, wie dieser Fall zeigt. Und es hat allen Ansehn, als ob die Berufsvereinigungen auf Lebenszeit weiter bestehen sollte. Unersetzlich!

Schwerste Strafe dem, der andere an freiwilliger Arbeit hindert? Gilt dies Kaiserwort für die Unternehmer nicht?

Fensterputzer.

Leipzig. Am Sonnabend, den 21. Januar, tagte eine öffentliche Versammlung der Fensterputzer Leipzigs. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Kollege Weber unserem Sektionsleiter Kollegen Volke, der durch einen tödlichen Schlag bei Ausübung seines Berufs unserem Kreise so jäh entzogen wurde, einen warmen Nachruf. Der Redner hehlte hervor, daß Volke durch seine außerordentliche Tätigkeit viel dazu beigetragen hat, daß die hiesigen Kollegen mit Stolz auf die Erfolge des letzten Jahres blicken können.

Redner gibt nun eine Uebersicht über die Verbandstätigkeit im vergangenen Jahre, aus der wieder klar hervorgeht, daß wir mit der Organisation alles, ohne die geringste Ausnahme, zu erlangen haben, zeigt folgender Fall:

Kollege Liebers war 8 Jahre in dem Institut F. W. Wedel beschäftigt. Im August vorigen Jahres verunglückte derselbe bei der Arbeit, wurde halbtalig und bezieht eine 5-prozentige Rente. Wieder arbeitsfähig, wendet sich der Kollege an seinen Prinzipal mit der Bitte um Wiederbeschäftigung. Dies wird vom Unternehmer mit der Begründung auf ein unbestimmtes späterhin abgelehnt. Das ist der Lohn des Arbeitgebers für achtjährige treue Dienste!

Kollege Thiele wird mit allen gegen eine Stimme zum Sektionsleiter gewählt. Die Versammlung nimmt Stellung zur bevorstehenden Generalversammlung und stellt ferner einen Antrag an, dahingehend, bei den Behörden vorstellig zu werden, daß die bestehenden gesetzlichen Sicherheitsvorschriften besser inne gehalten werden.

Nachdem Kollege Thiele noch das Resultat der Sammelaktion für die Witwen des Kollegen Volke, das 95,55 Mark beträgt, bekannt gegeben hat, wurde die stark besuchte Versammlung geschlossen.

Handelsarbeiter.

Zechnungsdruck. Der Polizeipräsident von Berlin erläßt folgende Bekanntmachung: Auf Grund des § 139c Absatz 2 Ziff. 2 der Gewerbeordnung bestimme ich für den Ortspolizeibezirk Berlin, daß alljährlich bis auf weiteres und vorbehaltlich etwaiger für das einzelne Jahr anzuordnender weiterer Einschränkungen alle offenen Verkaufsstellen, soweit für sie nicht bezüglich des Ladenschlusses eine besondere Anordnung auf Grund des § 139f Absatz 1 und 2 der Gewerbeordnung getroffen ist (8 Uhr Ladenschluß), an folgenden Tagen für den geschäftlichen Verkehr bis 10 Uhr abends geöffnet sein dürfen: 1. An dem dem Karfreitag, Himmelfahrtstage und Totensonntage vorangehenden Tage; 2. an dem dem Oster- und Pfingstfesten vorhergehenden Sonnabend; 3. an den neun letzten Wochentagen vor dem 24. Dezember; 4. am 30. Dezember, sofern derselbe auf einen Wochentag fällt. Demgemäß ist z. B. für das Jahr 1905 das Öffnenhalten der Läden für den geschäftlichen Verkehr bis 10 Uhr abends am 20. und 22. April, 31. Mai, 10. Juni, 25. November, 14. bis 16., 18. bis 21. und 30. Dezember gestattet. — Ferner teilt der Polizeipräsident mit, daß er auf Grund des § 139 d der Gewerbeordnung für den Ortspolizeibezirk Berlin die Bestimmungen des § 139c dieses Gesetzes über die den Geschäften, Verkäufern und Arbeitern in offenen Verkaufsstellen und den dazu gehörigen Schreibstuben (Kontoren) und Lagerräumen zu gewöhnlicher Arbeitszeit und Mittagspause für folgende Tage des Jahres 1905 außer Anwendung gesetzt hat: 1. Bei den Händlern mit Wannen für den 28. Januar, 1. 11., 18., 25. Februar, 1. 11., 18., 25. März, 25. April, 2. 9., 16., 23., 30. und 30. Mai, 2. 9., 16., 23., 30. Juni, 2. 9., 16., 23., 30. Juli, 2. 9., 16., 23., 30. August, 2. 9., 16., 23., 30. September, 2. 9., 16., 23., 30. Oktober, 2. 9., 16., 23., 30. November, 14. bis 16., 18. bis 21. und 30. Dezember.

Königsberg i. Pr. Es ist nicht zu beschreiben, wie interessant sich die Kollegen unter den offenen Verkaufsstellen unsern Verband gegenüber verhalten. Die Zustimmung dafür bleibt aber niemals aus, denn die Arbeitgeber fühlen sich sicher als die Herren der jetzigen Zustände, sie laden sich ins Fäulnis über die Dummheit ihrer Kollegen, es liegt ja nur an Euch. Machen Euch die Arbeitgeber als Menschen? Nein und nochmals nein, Ihr werdet von der besten Seite als Vorkämpfer betrachtet und dementsprechend auch behandelt. So lange Ihr im Besitze Eurer Arbeitskraft seid, habt Ihr Euer längliches Brot, aber seid Ihr für denselben wertlos. Ist es nicht so? Mancher Kollege ist 30 Jahre, antwortet noch länger in einer Stelle tätig gewesen, trotzdem er sehr solide gelebt hat, keine Reisen zur Stärkung seiner Gesundheit unternommen hat, trotzdem er nicht soviel, um sich ordentlich satt zu essen oder sich einen warmen Rod zu kaufen, um sich zu erwärmen.

Aber der Arbeitgeber, welcher 20 Jahre ein Geschäft gehabt hat, der seinen Körper gute Pflege angedeihen hat lassen, der zu seiner Gesundheit diese und jene Wette unternommen hat, wenn dieser sich zur Ruhe aus dem Geschäftszleben zieht, dann braucht er nichts seinem Körper zu antzihen; kein Trausen Schweiß ist ihm auf der Stirn gewesen.

Und wie die Kapitalisten es machen, zeigt folgender Fall: Bei der Westfirma Gebr. Siebert sind ein großer Teil Kaskore beschäftigt. Sie leben mit den Eßes, sitzen mit ihnen zusammen im Vorstand des evangelischen Arbeitervereins. Zur Abhaltung dieser Harmonie-besuche erlauben es sich die Arbeitgeber, den Kaskoren Annehmlichkeiten zu machen, die selbige zum Nachdenken veranlassen müßten. Diese Firma besitzt eine Wicketferne in der Sadheimer Gartenstraße. Es wurde den Kaskoren mitgeteilt, daß sie dorthin ziehen sollen, mit dem Bemerkung, daß die Wohnungen sehr billig sind, ja die Leute können sich sogar Hühner und Gänse halten. Trotz alledem wollten verschiedene nicht hinziehen. Von diesen nahm man Notiz, die Firma wurde es sich merken, was soviel heißt, die Leute sollen entlassen werden.

Man muß zur Ansicht kommen, die Firma verfolgt die Absicht, die Wicketferne voll Arbeiter zu packen, um alsdann das Haus preiswert loszugeben. Wie uns mitgeteilt wird, sollen die Wohnungen in unbeherrschbarem Zustande sich befinden. Die Polizei hat sich dieser Sache schon angenommen und veranlaßt, daß das Haus geräumt worden ist.

Kollegen, daß man Euch zumutet, in solchen Wohnungen zu wohnen, die die Gesundheit Eurer Familien gefährden, daß man Euch solch schlechte Löhne zahlt, womit Ihr Eure Familie nicht ernähren könnt, dieses alles liegt nur an Euch; denn so lange Ihr Euch nicht organisiert, seid Ihr den Kapitalisten gegenüber machtlos, nur gut organisiert könnt Ihr Eure Lebenslage verbessern.

Die Arbeitervereinigungen der Firma sollen auch dieses zu wünschen übrig. Ein Kollege ist im Keller beschäftigt, die jungen Leute, welche benötigt sind, das Stoffe zu benutzen, müssen 5 Pf. Eintrittsgebühr bezahlen. Der Kollege ist verpflichtet, darauf aufzupassen, daß ihm keine durchbrennt, denn von dieser Einnahme wird er gelebt. Was tun aber die jungen Leute, welche keine 5 Pf. beizulegen, denn das kommt doch auch vor?

Leipzig. Etwas über Arbeitervereine! Die Verwaltung des Konsumvereins A. E. G. hat die Verwaltung des Betriebes tätigen Aufschern vor wenigen Wochen die Mitteilung, die Sonntagsgarbit nicht mehr bezogen zu werden, sondern die Kutscher sollten an denjenigen Wochentagen, wo der Geschäftsgang ein ruhiger sei, für die gewöhnliche Sonntagsgarbit entsprechende freie Zeit erhalten. Mit Recht wehrte sich das Arbeitspersonal gegen das Verlangen der Verwaltung und verlangte die Sonntagsgarbit nach wie vor bezahlt, worauf die Verwaltung erklärte, daß die Kutscher 2 oder 3 Mann entlassen zu müssen. Abgeschlossen wurde in diesem Institut ein Lagerhalterposten frei, worauf sich verschiedene Personen aus dem Arbeitspersonal um diesen Posten bewarben, daß

darunter einige Arbeiter waren, welche Lagerhalterposten vertretungsweise schon ausgeübt hatten, sei nur nebenbei bemerkt. Wenn aber die Arbeiter gelaufen hätten, wäre der Lagerhalterposten aus ihren Reihen besetzt worden, damit nach Ansicht der Verwaltung die Geschäftsbefähigung sich verringerte, so würden die Bitter entlassen, denn der Lagerhalterposten wurde von einem Aufsichtsratsmitglied besetzt. Dadurch hat die Verwaltung des Konsumvereins Zutritt wiederum dem Verein geleistet, wer in ihrem Betrieb Lagerhalter werden will, muß erst die hohe Schule des Aufsichtsrats besuchen, der „Plebs“ wird stets leer ausgehen.

Leipzig. Die Wach- und Schließgesellschaft gab nach einer längeren Pause kürzlich wieder einmal vor dem Gewerbezweig eine Gastrolle. Es handelte sich, wie stets, so auch in diesem Falle um eine Klage auf Herausgabe der dem Angestellten inbehaltenen Kaution. Das Klageobjekt bildete aber diesmal nicht, wie gewöhnlich, 50 Mk., sondern nur 16,25 Mk., da der Kläger für Reinigung seiner Uniform mit dem Abzug von 3 Mk. sich einverstanden erklärt hatte. Die Gesellschaft verweigerte die Herauszahlung der Kaution mit der Begründung, der Kläger, der Wächter Joh. Langhans, habe seine ihm obliegenden Pflichten in grober Weise verletzt, denn er sei am Morgen des 12. Dezember v. J. in dem Grundstück der Rauchwarenfabrik II in Wahren in total bestimmtem Zustande angetroffen worden, so daß er sich nicht habe fortbewegen können. Außerdem habe er das Fabrikgrundstück verunreinigt. Die Folge sei gewesen, daß die Firma mit der Gesellschaft abgeschlossenen einjährigen Vertrag sofort aufgehoben habe, wodurch ihr ein Schaden von 180 Mk. entstanden sei. Selbstverständlich berief sich der anwesende Inspektor der Gesellschaft, Herr Ulrich, auf die Dienstinstruktion, worin für alle möglichen und unmöglichen Vergehen der Angestellten die entsprechenden Sanktionen festgelegt sind. Langhans war in der Tat in dem bezeichneten Grundstücke noch am Morgen des 12. Dezember von zwei Arbeitern der Fabrik betroffen worden, und zwar in einer keineswegs dementsprechenden Situation. Aber eines betrifft der Kläger entschieden — und das war das Wichtigste —, nämlich: betrunken gewesen zu sein. Er habe die ganze Nacht im ganzen nur für 10 Pfennig Bier zu sich genommen, es sei also undenkbar, daß er davon einen Rausch bekommen habe. Durch den Rausch und Dummheit verlor er sich aber in dem betreffenden Grundstück unwohl geboren, er sei hingerufen und ohne Bewußtsein in die unangenehme Situation geraten, in der man ihn gefunden habe. Er habe sich dann am anderen Tage arbeitsunfähig gemeldet und sich ein ärztliches Zeugnis darüber anstellen lassen. Dem Kläger waren diese seine Angaben trotz der gegenteiligen Behauptungen des Inspektors Ulrich nicht zu widerlegen. Namentlich vermochten die beiden als Zeugen vernommenen Arbeiter der betreffenden Fabrik nicht zu bekunden, daß der Kläger betrunken gewesen sei. Der Inspektor selber, über die sonstige Führung des Klägers befragt, mußte ihm ein gutes Zeugnis anstellen. Indessen der Kläger war schuld am Verlust des Monatsentgelts der Wach- und Schließgesellschaft, womit auch der Verlust der 180 Mk. verbunden war, folglich dürfte die Kaution nicht herausgezahlt werden. Schließlich in dem Falle, daß er sich noch nachträglich ärztlich verifizieren lassen, daß er sich noch nachträglich ärztlich verifizieren lassen, was natürlich unmöglich gewesen wäre. Aufseher der Sachlage legte der Vorsteher dem Herrn Inspektor nahe, dem Kläger doch wenigstens die Hälfte zurückzugeben. Umsonst. Schließlich nach langem Zureden, wollte er in die Herausgabe von 20 Mk. ein, womit sich Langhans, der vom 9. Juni v. J. bis zum Tage seines Austritts aus dem Dienst einen Monatslohn von 75 Mk. bezogen hatte, zufrieden gab. — Wir sind gespannt, wievielmal wir in diesem Jahre mit noch der unangenehmen Aufgabe zu befallen haben werden, über das Kautionsverhältnisverfahren der Wach- und Schließgesellschaft hier zu berichten.

Ganz „helle“ Sachsen. Unter den Markthelfern in den sächsischen Städten muß es noch verschiedene allernachste Unklarer geben. Da wird beispielsweise der Verein Chemnitz der Markthelfer und Hausmänner seitens des Reichsstatistischen Amtes gefragt, ob die für Markthelfer in Engros-Geschäften gegenwärtig inaktive Arbeitszeit nachteilige Folgen habe. Die für jeden halbtägigen verkündeten Menschen sonnenklare Frage war diesem Verein mit samt seinem Vorstand ein höchst missiges Dorf, sie starrten die Frage an, wie die Ausgab des neuen Text und gaben keine Antwort darauf. Das gleiche Schicksal vollführte der Verein 25 in Konraden in 3 v. d. a. n. In holder dithyrambischer Eintracht vernahm diese beiden Berufsvereine auch auf die weiteren Fragen, ob eine bestimmte allgemeine Regelung der Arbeitszeit geboten und durchführbar erscheint und auf wieviel Stunden die Arbeitszeit zu beschränken wäre, keine Antwort zu geben. Auch dazu reichte augenscheinlich die Ignoranz der Natur gespenstische Dosis. Insofern, Verband scheinen sie überhaupt nicht zu besitzen, nicht aus. Auch darauf, ob eine bestimmte Mittagspause und in welcher Dauer angeordnet werden soll, wiesen diese „besseren“ Berufscollegen nichts zu antworten und blamierten durch solche schon polizeiwidrige Beschränktheit nicht nur sich selbst, sondern den ganzen Beruf.

Etwas mehr, wenn auch nicht allzuviel Begriffsvermögen scheinen die Mitglieder des Markthelfervereins Freiberg im Kopfe zu haben. In Konsequenz ihres harmonischsten Standpunkt beantworteten sie die drei ersten Fragen mit „Nein“. Dieses „Nein“ nimmt sich aber püßig genug aus unter den 29 antwortenden Vereinen der Handelskassensarbeiter, weil ihm zufolge 28 deutsche klare „Ja“ gegenüber stehen. Auf die Fragen nach der Mittagspause wies sich aber auch der Freiburger Markthelferverein augenscheinlich keinen Rat, denn darauf gibt auch er keine Antwort. Wie aus den Erhebungen deutlich hervorgeht, steht unter den Markthelfern der genannten drei sächsischen Städte die Dummheit noch bei potenten Exemplare zu haben, denn aus dem übrigen Deutschland gibt kein blauer Verein, es sind ihrer nicht zu wenige, solche Antworten. Wir werden für die besagten Markthelfer auf Verbandsstellen die Anschaf-

fung eines großen und herben Nürnberger Trichlers bewilligen, vielleicht läßt unser Götter die betreffenden Schadel einzeln trepanieren, nimmt das dort in der Gehirnhöhle augenscheinlich vorhandene Gehirn heraus und gleicht dafür etwas Gehirnsubstanz, sie kann von Pferden sein, hinein. Hat tust vielleicht bringen und die betreffenden Kollegen werden sich selbst dann wohl fühlen.

Strassenbahner.

Bremen. Es ist nicht alles Gold, was glänzt! So können auch die hiesigen Strassenbahner sagen. Vor kurzem verließen wir, daß Appelle angeordnet wurden, um den Angestellten mehr Schweiß einzudrücken. Gleichzeitig bemerkten wir, daß der Dienst bis zu 12 Uhr in den Stunden dauert. Heute sind wir in der Lage, noch einiges nachtragen zu können.

Früher wurden die Dienstpläne gedruckt den Angestellten ausgeteilt. Der letzte Dienstplan ist einfach geschrieben. Warum wohl? Die Frage wird sich der Leser wohl selbst beantworten. Daß der Dienst zu lang ist, beweist der folgende Dienstplan:

1. Wollmershausen — Bürgerpark.

1. Tag 15 Std. 15 Minuten,
2. Tag 16 Std. 15 Minuten,
3. Tag 16 Std. 15 Minuten,
4. Tag 2 Std. 0 Minuten,
5. Tag 16 Std. 15 Minuten,
6. Tag 16 Std. 15 Minuten,
7. Tag frei.

2. Schützenhof — Bürgerpark.

8. Tag 15 Std. 28 Minuten,
9. Tag 15 Std. 28 Minuten,
10. Tag 16 Std. 48 Minuten,
11. Tag 16 Std. 48 Minuten,
12. Tag 15 Std. 28 Minuten,
13. Tag 15 Std. 28 Minuten,
14. Tag frei.

Wo bleibt bei einer Arbeitszeit von 15 bis über 16 Stunden die Verkehrssicherheit? So fragen wir. Das öffentliche Interesse, sowie das Leben und die Gesundheit der Angestellten erfordert gebieterisch, daß andere Zustände geschaffen werden. Auf Grund dieses schrankenlosen Ausbeutungssystems haben wir die vielen Zusammenstöße zu verzeichnen. Angestellte der Strassenbahn und Fußgänger haben in gleichem Maße darunter zu leiden. Der Bürgerverein richtet vor kurzem an die Strassenbahn das Verlangen, die Wagen nach Wollmershausen länger verkehren zu lassen. Die Direktion berückichtigte dies Verlangen und nun fahren die Wagen des Abends später. Die Angestellten haben aber die Besche zu bezahlen, indem ihnen einfach ein längerer Dienst aufzuerlegt wird. Im Bürgerverein herrscht natürlich eitel Wonne über das Entgegenkommen der Strassenbahn. Wir sagen schon, daß die Gesundheit der Angestellten es erfordert, daß der Dienst verkürzt wird, wie recht wir haben, wollen wir beweisen. Die Strassenbahn beschäftigt etwas über 300 Angestellte. Im Jahre 1904 waren nun nicht weniger wie 4551 Krankentage zu verzeichnen. Nehmen wir nun die Zahl der Angestellten auf 350 an, so kommen auf jeden Angestellten über 13 Krankentage. Doch das Schlimmste ist hierbei, daß die Angestellten sich selbst verschaffen müssen, selbstverständlich auch die ganzen Beiträge allein zu bezahlen haben. Wir wissen nicht, wie dieses mit dem Krankenversicherungsgesetz in Einklang zu bringen ist. Im Verlebe selbst besteht nur eine Zuschußkasse, hierzu zahlt die Direktion die Hälfte der Beiträge. Außerdem fließen in diese Kasse die Strafgebühren, im vorigen Jahre 480 Mark; die Leute erhalten aus dieser Kasse im Krankheitsfalle pro Tag 1 Mk. Aber ein Herz für die Angestellten hat die Direktion doch. Im vorigen Jahre wurde eine „Pensionskasse“ gegründet, um den Sparplan der Angestellten zu fördern. Dieses ist natürlich eine hochwichtige sozialpolitische Einrichtung. Hier schmeißt man mit der Metallbüchse nach dem Schinken. Die Angestellten sollen sparen. Wobon? Uns will es scheinen, als ob man den Leuten nur ins Portemonnaie gucken soll, um zu erkennen, ob ein Mann mit seiner Familie das Geld „verbraucht“ oder ob er lediglich mit Grundlohn und Speck zufrieden ist. Ueber die Lohnverhältnisse zu werden wir später berichten, heute wollen wir nur noch den Natur ausprechen: „Kollegen, organisiert Euch.“ Wollt Ihr, daß andere Zustände Platz greifen, dann bleibt Euch nur der eine Weg. Ohne Organisation seid Ihr der Willkür der Gesellschaft schutzlos preisgegeben. Das sollte jeder beherzigen. Also hinein in den Verband, muß die Lösung sein. Aufnahmen werden jederzeit im Verbandsbureau, Finkenstr. 22, 2 Tr., entgegen genommen.

Stuttgart. Schluß dem Strassenbahner! Ein schweres Amt hat der Strassenbahnerführer. Wohl ist das Strassenbahnerberuf ein saures Brot. Der Strassenbahnerführer führt scheinbar ein Schlaraffenleben. Arbeit, Ärger und Verdriss gibt's die schwere Menge. Und doch wird der Schaffner kaum gelobt sein, mit dem Führer zu tauschen. Tag für Tag steht der Führer an seinem Motor gefesselt, das schwebende Ölfeld reißt ihm die Gesichtshaut entzwei, der Sturm peitscht ihm Regen und Schnee in die Augen, daß er fast die Stredde nicht mehr übersehen kann. Steif und unbeweglich muß er auf seinem Posten verharren, mit äußerster Aufmerksamkeit den Weg entlang schauen. Ob ihm auch die fäße trotz der Mühseligkeit zu Einklumpen erklären, die Finger in den Handschuhen stief zum Brechen werden, er muß unbeweglich ausdauern. Die Verantwortlichkeit, die seine Schultern drückt, zwingt ihn dazu. Das geringste Versehen, die kleinste Unachtsamkeit kann Menschenleben kosten. Kinder spielen auf der Straße. Ein dreijähriges Mädchen springt im letzten Augenblick ins Gefesse, kaum der Meter vom heranrollenden Wagen entfernt. Die Strassenbahnpostanten bleiben schreckensbleich stehen. Im nächsten Augenblick muß das Unglück geschehen sein. Rettung scheint unmöglich. Der Führer aber hat die Gefahr bemerkt. Auch nicht eine Sekunde verliert er die Gefesse-

gegenwart. Der Bremshebel fliegt herum, ein Stoß, ein Ruck — der Wagen steht kaum einige Zentimeter vor dem Kinde. Gestellt! Die durchsichtige Panzer-Passagiere, die die Ursache des plötzlichen Halts nicht kennen, schimpfen. Der Führer ruft einige unverständliche Worte in den Laut, und weiter geht's. Ihn regt das nicht mehr auf. So etwas kommt ja fast alle Tage vor.

Wie aber, wenn ihn Staub und Wind in dem Augenblick gezwungen hätten, die Augen auch nur für den Bruchteil einer Sekunde zu schließen? Dann wäre ein hoffnungsvolles Menschenleben vernichtet gewesen, ein Kind wäre eines qualvollen Todes gestorben, ein Mutterherz hätte aufgeschrien in tiefer Qual, vielleicht gar lebenslang den bitteren Vorwurf mitgeschleppt: „Gott sei du dein Kind nur den einen Augenblick nicht aus dem Auge gelassen!“ Und der Strassenbahnerführer? Nun, dem hätte man den Prozeß gemacht, ihn vielleicht vom Amt und Brot gelöst. Und wenn sich seine Schuldlosigkeit auch zur Evidenz herausgestellt hätte, so hätte er doch lebenslang das Bild der Augen gehabt, wie sie den kleinen verflümmelten Körper unter dem Wagen hervorgeholt hätten. Unter seinem Wagen herab!

Da fragt man doch: Ist es denn nicht möglich, diese Gefahr zu verringern und dem Führer auch etwas mehr Schutz vor Kälte, Sturm und Regen zu gewähren? Gewiß ist das möglich! In einer ganzen Reihe von Städten sind die Plattformen der Strassenbahnwagen mit Glasverkleidung versehen. Neue Wagen sind gleich damit ausgestattet, an älteren Wagen sind sie nachträglich angebracht worden. In einzelnen Städten, so z. B. in Nürnberg, wogelte sich die Strassenbahngesellschaft anfangs diesen praktischen Führerschutz anbringen zu lassen. Die Stadtverwaltung als aufstrebende Behörde wies die Gesellschaft dazu zwingen. Die fahrscheinlichen Gründe wurden gegen die Neuerung ins Feld geführt. Man sagte, Regen und Schnee würden das Glas unübersichtlich machen und den Ausblick erschweren. Nichts von dem ist eingetroffen. Im Notfall genügt ein volles Köppchen, um die Scheibe wieder durchsichtig zu machen. Gefährlicher als das Beschlagen der Glascheibe ist jedenfalls, wenn der Sturm dem Führer Regen, Schnee und Staub ins Gesicht peitscht und ihn blendet. Für die Führer, aber auch für ihr Publikum ist der Verzicht auf eine wahre Wohltat. Bei gutem Wetter kann selbstverständlich die bündere Glaswand zur Seite geschoben werden. Ist aber schlechtes Wetter, so tritt bei überfüllten Wagen der schreckende Anblick die Fahrgäste auf der Plattform nicht, der Regen durchspritzt sie nicht mehr. Führer und Publikum sind mit der Neuerung sehr zufrieden.

Die Vorrichtung hat für die Herren Aktionäre den Vorteil, billig zu sein. Eine Gesellschaft, wie die Stuttgarter, die Jahr für Jahr so fette Dividenden verteilt, kann sich die Ausgabe leicht leisten. Doch Direktion und Aufsichtsrat ihrem bekannten „warmer Herzen“ für Personal einen Stoß geben und die Schutzvorrichtung baldig einführen werden, daran zu zweifeln haben wir noch kein Recht. Andersfalls allerdings müßten sich die aufstrebenden Behörden einmal den Vertrag mit der Gesellschaft genauer ansehen. Auch gibt es sonst noch Handhaben anderer Art, um diese Reform zu erzwingen. Einmal muß dem Personal der Schutz werden, den es mit Zug und Recht verlangen kann. Die Strassenbahner sind doch auch Menschen — so sagen wir.

Warum dieser Ruf gerade aus Stuttgart kommt, wo nach dem Streik beinahe sämtliche Strassenbahner der Organisation schloßschlüssig wurden? Wir wollen nicht gleiches mit gleichem vergelten; ist es auch den Herren Lützen und Konstantin diesmal gelungen, den Arbeitern ihre verbliebenen Rechte zu rauben, es kommt eine Zeit, wo mit der blühendenmühtigen Gesellschaft wieder ein anderes Wort gesprochen wird. Bis dorthin mögen die Kontrollen und Aufsätze mit voller Drücke, ihnen steht sich die gequälten Strassenbahner Hilfe in unserer Organisation, und sie wird ihnen nicht versagt. Jedermann hat nach wie vor das Recht, sich dem Verbands anzuschließen und die Direktion mit ihren Handlangern sorgt dafür, daß dies geschieht.

Transportarbeiter.

Berlin. Die Arbeiter und Mithrader der Norddeutschen Eiswerke haben sich nun samt und sonders unserer Organisation angeschlossen. Seit Jahren hatten dieselben unter sehr traurigen Arbeitsverhältnissen zu leiden. Auf Grund unserer Petitionen, sowie der jetzt erlassenen Polizeiverordnungen ist für die Arbeiter abwechselnd Sonntagsruhe eingeführt worden. Die Organisation mußte also an zwei Sonntagen hintereinander gefest werden; vertief die erste Betriebsverammlung ruhig und ohne jegliche äußerlichen Einwirkungen, so erschien die zweite staatsgefährlich, denn die Wirten des Lokals, in welchem bereits die erste Betriebsverammlung stattgefunden hatte, stellten uns den Saal für die zweite nicht mehr zur Verfügung, und mußten wir in letzter Stunde ein anderes Lokal aufsuchen. Wir sind im Besitz eines Briefes, nach welchem wir annehmen müssen, daß man die Wirten von anderer Seite beeinflusst hat. In dem neuen Lokal hatten wir uns knapp häuslich niedergelassen, erschien auch da die Germandad in Berlin eines Armin-nachbeamten und verlangte, daß dem Vertreter sofort davon Meldung gemacht werde. Der Vertreter schloß sich nicht dazu verpflichtet und nahm nun ohne jede weitere Störung die Betriebsverammlung ihren Verlauf. Einige Entlassungen, welche angeblich wegen Arbeitsmangel erfolgt waren, hatten nicht die beabsichtigte Wirkung unter den Kollegen. Die Wohlbedacht der Einigkeit wurde den Kollegen nun erst recht klar.

Durch das eingetretene Frostwetter waren nun zum „Eisen“ Kräfte notwendig geworden und haben die noch im Betriebe beschäftigten Kollegen dafür gefordert, daß die Entlassenen am ersten Berühmtheit werden, was auch geschehen ist. Kollegen, haltet fest an der Organisation, seid Euch einig!

Elberfeld. Was lange währt, wird endlich gut. Am 5. September vorigen Jahres wurde von selten un-

seiner Ortsverwaltung folgendes Schreiben an die Königlich Eisenbahndirektion zu Elberfeld gerichtet:

An die
Königliche Eisenbahndirektion

Elberfeld.

Im Auftrage von 544 Angestellten im Transport- und Verkehrsgebiete erlaube ich Unterzeichneter, die Königlich Eisenbahndirektion folgende Wünsche zur gefälligen Kenntnisnahme zu bringen:

Es hat sich auf dem Güterbahnhof Steinbeck ein Zustand gebildet, welcher auf die Dauer unhaltbar ist. Es vergeht kein Tag, wo nicht bis abends 8½ bis 9½ Uhr Güter aller Art von, sowie nach dem Bahnhof gefahren werden. Besonders sind es die Spektationsfirmen Schulte, Möller und Martin Schöne usw., welche jeden Tag die Güter auf dem Bahnhof sind. Durch diesen Zustand ist die Arbeitszeit der Angestellten im Transportgebiete eine unerträglich geworden, welche sich ja auch auf die hohe Unfallzahl im Transportgebiete bemerkbar macht. Da soll in ganz Deutschland an den großen Güterbahnhöfen bereits schon um 6 Uhr, teilweise aber um 7 Uhr abends Schluß ist, so bitten wir, die Königlich Eisenbahndirektion möge unsern Wünschen näher treten und prüfen, inwieweit eine Minderung geschaffen werden kann.

Euer gefälligen Antwort entgegengehend, zeichnet
Achtungsvoll

Otto Dör, Vertreter, 61.

Hierauf ließ am 13. September folgende Antwort ein:
„Auf Ihre Zuschrift vom 5. d. Mts. werden Sie vorläufig benachrichtigt, daß die erforderlichen Ermittlungen eingeleitet sind, nach deren Beendigung Ihnen weitere Mitteilung zugehen wird.“

Beglaubigt

Zuhrl.
Eisenbahndirektor.

Nachdem wir seit dieser Zeit nichts mehr gehört hatten, bekamen wir am 7. d. Mts. folgenden endgültigen Bescheid:

„Elberfeld, den 7. Januar 1905

Betreff: Schluß der Ladearbeit. Zum Schreiben vom 5. September 1904.

Es sind wiederholt Anordnungen getroffen worden, welche die Beendigung der Ladearbeit in den Freiladegeleisen auf dem Bahnhof Elberfeld-Steinbeck um 8 Uhr abends sicher stellen.“

Auch hieraus können die Kollegen wieder ersehen, daß es nur unser Verstand ist, welcher nur für die Interessen der Kollegen eintritt; trotzdem stehen viele Kollegen gerade aus dem Spektationsbetriebe dem Verstande noch fern.

Also deshalb, Kollegen, hinein in den Verband, wir dürfen uns mit dem 8 Uhr-Bahnhofsschluß nicht zufrieden geben, sondern jetzt heißt die Parole 6 Uhrschluß, denn wo es in anderen Städten möglich ist, ist auch in Elberfeld und Witten möglich, deshalb schließt Euch alle einmütig zusammen unsern Verband an; Einzeltät macht faul.

Frankfurt a. M. Tödlicher Unfall. Ein Opfer seines Verstandes wurde der Kollege Hugo Kraus. Derselbe fuhr am 10. Januar eine Fuhre Kanalfeste. Durch die Kälte waren die Steine gefroren und kamen unterwegs ins Rutschen. Kraus, der auf dem Wagen lag, kam dadurch zu Fall und ging ihm sein eigener Wagen über den Leib. Selbstverständlich fehlten an dem Wagen wieder die Vorderräder, was dies nicht der Fall gewesen, hätte der Unfall unbedingt nicht stattfinden können. Wann wird die Polizei endlich einmal einschreiten und sich um die Unfallverhütungsvorschriften kümmern? Die Herren nehmen sich doch sonst so liebevoll unserer Berufs Kollegen an.

Aber auch Ihr, Kollegen, nehmt es mit Eurem Verstand nicht so leicht. Laßt Euch den Fall ein warnendes Beispiel sein und besetzt keinen Wagen, an dem die Vorderräder oder dergleichen fehlen.

Kassel. Ein merkwürdiges Urteil fällte das hiesige Schöffengericht gegen den Bevollmächtigten unserer Zahlstelle, den Kollegen Müller. Derselbe soll den Fuhrunternehmer Stein und den Schuhmann Semmelrod dadurch beleidigt haben, daß er gelegentlich eines Vertrages über die Sonntagsruhe erklärte, bei Stein würde das Sonntags während der gesetzlichen Ruhezeit gearbeitet. An einem Sonntag habe sogar Stein mit einem Schuhmann vor der Tür gestanden. In der Verhandlung wurde durch Zeugen festgestellt, daß tatsächlich das Sonntags bei Stein gearbeitet wurde. Stein gab es selbst zu. Auf Grund der Beweisaufnahme beantragte der Amtsanwalt in Sachen Stein, da der Wahrheitsbeweis erbracht sei, Freisprechung, wegen Beleidigung des Schuhmannes eine Geldstrafe von 15 M. Der Verteidiger Rechtsanwalt Kaufmann plaidierte in beiden Fällen für Freisprechung, umso mehr wegen Beleidigung des Schuhmannes gar kein Strafanspruch vorhanden und erjucht ferner um Aufklärung, von dem wohl dieser nicht bei den Alten befindliche Strafanspruch gestellt sei. Der Angeklagte beantragte ebenfalls seine Freisprechung ebnit. Aussetzung des Termins und Ladung des Schuhmannes Semmelrod, denn er wisse ja gar nicht, ob Semmelrod der Schuhmann sei, der mit Stein vor der Tür gestanden habe. Eine Konfrontation habe überhaupt noch nicht stattgefunden. Nach einseitiger Verurteilung wird der Angeklagte wegen verleumdender Beleidigung freigesprochen, dagegen aber wegen öffentlicher Beleidigung des b. Stein und des Schuhmannes zu 15 M. Geldstrafe und zur Tragung der Kosten verurteilt. Außerdem wurde den „Beleidigten“ Publikationsbefehl ausgeprochen. — Eine Beleidigung des Urteils, sowie die Begründung desselben durch den Vorstehenden und das Zustandekommen der Urteile — bei welcher unsere unvollständige Polizei eine gerade nicht schöne Rolle spielt — behalten wir uns bis zur Durchsicht des Urteils vor. Für heute nur so viel, daß es geradezu ein juristischer Konflikt ist, jemand zu beurteilen, der in einem Falle den Wahrheitsbeweis für die von ihm behaupteten Tatsachen erbracht hat, im andern Falle aber kein Strafanspruch vorliegt. Wir leben ja im Staate der juristischen Unmöglichkeit.

Krefeld. In Krefeld droht ein allgemeiner Transportarbeiter- (Fuhrleute) Streik auszubrechen. Nachdem im vorigen Frühjahr durch den günstigen verlaufenen Streik die Löhne um 2 M. pro Woche erhöht und die schlimmsten Mißstände beseitigt worden waren, gehen jetzt einzelne Firmen dazu über, das Erzeugnisse wieder künstlich zu machen. So wurde bei der Firma G. Wolff ein Fuhrmann kurzerhand entlassen, weil er sich einen Lohnabzug von 2 M. hochrechnen nicht gefallen lassen wollte. Nach anmaßender trat die Spektationsfirma Charlier u. Scheibler auf.

Auf Vereinbarung betragen die Wochenlöhne 22 bis 23 M. Die Sonntagsarbeit sollte mit 1,50 M. extra vergütet. Die Sonntagsarbeit sollte von jetzt in einem Wochenlohn von 21 M. einbegriffen sein, es sollte also eine Lohnreduktion von 2,50—3,50 M. pro Woche eintreten.

Die Arbeiter riefen die Organisation, der sie alle angehören, an, und gelang es die geplante Verschlechterung abzuwehren. Die Arbeiter der anderen Betriebe nahmen in Besprechungen gleichfalls Stellung und erklärten sich solidarisch mit ihren Kollegen von der Firma Charlier u. Scheibler, d. h. es sollte unter keiner Bedingung der Transport irgend welcher Güter für obige Firma übernommen werden. Durch das energische und umsichtige Eingreifen der Organisation und das feste Zusammenhalten aller Krefelder Transportarbeiter sah sich der Verwalter veranlaßt, die bereits genehmigten drei Fuhrleute wieder einzustellen und den Lohn wie bisher zu zahlen. Wenn wir jetzt die „Wunde“ nicht unterkriegen, dann sind wir verloren,“ äußerte der gute Herr zu seinem Oberheft, mit anderen Worten, es sollte die etwas kleine Geschäftskonjunktur ausgenutzt werden, die Vereinbarungen zu durchbrechen.

Da bekanntlich zum Abschluß eines Vertrages zwei gehören, müssen auch bei einer Änderung des Vertrages zwei beteiligt sein, wird der eine ignoriert, gibt es Unannehmlichkeiten.

Lüdenscheid, 16. Januar. Die hiesige Verwaltungsstelle kann sich auf ihr einjähriges Bestehen zurückblicken. Als die Gründung in die Hand genommen wurde, waren die Aussichten keine guten. Führe sie im Anfang doch nur ein Scheinbassin, was so recht aus den ersten 3 Abrechnungen zu ersehen ist. Aber der unermüdliche Wille der ersten Mitglieder und der Gewerkschaftskommission brachte es zu Wege, daß im 4. Quartal ein Aufschwung zu verzeichnen ist, den zu Anfang seiner trümmte. 17 geleisteten Beiträgen im 3. Quartal stehen 132 im 4. gegenüber. Die Kollegen haben endlich eingesehen, daß nur der Verband ihnen helfen kann, bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zu erhalten. Scheuen sich die hiesigen Unternehmer doch nicht, verheirateten Kollegen, bei einer Arbeitszeit von morgens 6 bis abends 9—10 Uhr, einen Wochenlohn von 18 M. zu bezahlen. Wie man damit eine Familie von 5—6 Personen ernähren kann, kümmert die Herren im Hause nicht. Zudem müssen sich die älteren Kollegen eine Behandlung gefallen lassen, die sie selbst den Lastpferden nicht zuzurechnen würden. Aber die Lehrgänge hat lange genug gedauert! Auch der Lüdenscheider Fuhrmann kommt jetzt zur Einsicht, das bewies die am vergangenen Sonntag stattgefundene Versammlung, welche einen Besuch aufzuweisen hatte, wie wir ihn noch nicht gekannt hatten. Der Gauweiler hatte das eintelektuelle Material übernommen. Er schilderte zunächst die Bergarbeiterbewegung im Ruhrthal und die Folgen eines eventuellen Generalstreiks für das gesamte wirtschaftliche Leben und legte dann den Werdegang des Verbandes und seinen Nutzen für die Mitglieder dar.

Nach diesem beifällig aufgenommenen Vortrag ließen sich sofort 3 Kollegen als Mitglieder auszeichnen.

Die hiesige Verwaltungsstelle hält jetzt jeden ersten Sonntag im Monat bei Mäher eine Versammlung ab. In der nächsten, welche am 5. Februar stattfindet, wird Genosse Fischer über „Wert und Nutzen der Arbeitersekretariate“ referieren und werden die Kollegen an dieser Stelle ersucht, eine rege Agitation für dieselbe zu entfalten.

Kollegen, arbeitet in der bisherigen Weise weiter für den Verband, dann wird es auch für Euch endlich Morgen.

Mies. Wie Arbeitgeber ihr Verprechen halten! Vor kurzer Zeit konnten wir im „Courier“ mitteilen, daß die Firma Aug. Schneider, Spektation in Mies, durch ihren Schirmmeister den Aufschern zu erklären ließ: „Wer aus dem Verbands austrete, dem würde nicht wie bisher im Winter 2 M. pro Woche abgezogen.“ Auf diesen öffentlichen Zeim sind in der Tat auch einige Kollegen hineingefallen. Doch diesen sollten die Augen geöffnet werden. Die Firma hat ihr Versprechen nur 3 Wochen lang gehalten, dann wurde der Abzug genau so vorgenommen, als alle Jahre. Bei den Unternehmern ist eben Versprechen und Halten abwechselnd; daß sie dabei gegen die guten Sitten verstoßen, ist ihnen ganz gleichgültig, gegebenenfalls finden sie ja in den meisten Fällen „milde Richter“.

Günstigere Lage gibt es noch eine andere Instanz als die Gerichte, das ist die Organisation. Schützen sich die Kollegen nicht selbst vor solchen Freiheiten der Unternehmer, von anderer Seite wird ihnen nicht geholfen. Aber sein gutes hat auch dieser Fall, die beteiligten Kollegen gehen nunmehr selber zu. Der Verband hat damals, als er uns warnte, recht gehabt. Hoffentlich ziehen sie die Konsequenzen baldigst daraus.

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Berlin. Die Bader, Lager und Transportarbeiter der Allgemeinen Elektrizitätswerke waren am Sonntag, den 15. Januar, im Schweinmörder Gesellschaftshaus überaus zahlreich versammelt, um über folgenden Antrag der Vertrauensleute dieses Betriebes zu beraten:

„Nach Lage der Verhältnisse, die erzeugt ist durch das stetige Anwachsen der Organisation unter den Hilfsarbeitern, werden diese hinsichtlich der Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse immer mehr und mehr auf die Bahn

der praktischen Arbeit gedrängt. Da diese jedoch nur für die hier in Betracht kommenden Arbeiter von Vorteil und Bedeutung sein kann, wenn denselben eine Anzahl intelligenter, redegewandter und mit den einschlägigen Arbeiten vertrauter Kräfte zur Verfügung stehen, so beschließen die Vertrauensleute, mehrere Kollegen zu bestimmen, welche an den Kurzen der Arbeiter-Bildungsschule teilnehmen sollen. Die hieraus entstehenden Kosten werden, da es der Allgemeinheit zum Vorteil gereicht, auch von dieser durch freiwillig zu leistende Beiträge gedeckt.“

Vorher über den eigentlichen Antrag eine Diskussion eröffnet wurde, sprach ein Kollege über „Die Bestrebungen der Arbeiter-Bildungsschule.“ Der Redner verstand es, in kurzen Zügen auf die Unbrauchbarkeit der heutigen Volksschule, besonders der ländlichen, hinzuweisen, und kam dann auf die Einrichtungen, Ziele und Zwecke der Arbeiter-Bildungsschule zu sprechen. Unser alter Vorämpfer, Wilhelm Diebnecht, der eigentliche Schöpfer der Arbeiter-Bildungsschule, hatte Recht, wenn er von dem Gedanken ausging „Wissen ist Macht“ auch für den Proletariat, und deshalb muß es Pflicht sein jeden denkbaren und aufgestellten Arbeiter sein, nach einer höheren Ausbildung zu streben, sich immer mehr und mehr Wissen anzueignen, damit endlich einmal der „Fleisch“ dem geistlichen „Fleisch“ gegenüber gleichen Schritt halten kann. Der reiche Fleiß, welcher dem Redner lohnte, zeigte daß die Anwesenden ebenfalls davon überzeugt waren, daß eine jegliche Weiterbildung dem Proletariat nur von Nutzen sein könne. Es entspann sich nun eine lebhafteste Diskussion, in deren Verlauf sich fast alle Redner den Ausführungen des Referenten als auch dem Antrage der Vertrauensleute sympathisch gegenüber stellten. Als hierauf ein Kollege den Antrag stellte, darüber abzustimmen, ob die Anwesenden überhaupt für eine Verschärfung der Arbeiter-Bildungsschule zu haben sind, fand sich, daß hierüber nur eine Stimme herrschte und zwar in zustimmendem Sinne. Der Antrag der Vertrauensleute wurde hierauf mit folgendem Schluß einstimmig angenommen: „Die notwendig werdenden Ausgaben werden von der gesamten Kollegschaft der Werte durch freiwilligen Beitrag von vierteljährlich 10 Pf. getragen. Die Form über die Erhebung der Beiträge bleibt der Vertrauensleute-Konferenz überlassen.“ Nachdem noch einige interne Verbandangelegenheiten erledigt waren und ein Antrag angenommen wurde, die Einnahme der heutigen Zellerfassung im Betrage von 24,46 M. den streikenden Bergarbeitern zu überweisen, schloß die Versammlung.

Berlin. Eine stark besuchte Versammlung der Hausdienen, Bader und Berufslosen fand am 18. Januar statt. Ein Kollege referierte über „Die Bestrebungen der Arbeiter-Bildungsschule.“ Redner ging auf die allgemeine Volksbildung ein, die schlechten Volksschulverhältnisse und Kulturzustände in Deutschland, daß Religion und Sittenlehre geschärfte in diesem christlichen Staate dem Volke gelehrt werden, aber nicht wahre Wissenschaft der Jahrhunderte und ihrer Bestrebungen bis zur Jetztzeit. Dieses mußte das Proletariat und seine Führer sich selbst schaffen und war es Diebnecht, welcher eine Stätte schuf der Volksbildung, die Arbeiter-Bildungsschule. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall und die Diskussionsredner bewegten sich im Sinne des Referenten.

Den Bericht über die Tätigkeit der Sektionsleitung und Agitationskommission gab Gaerling. Es fanden statt: Sektionsleitung 4 Sitzungen, sämtliche Vertrauensleute Berlins 1, Agitation neuer Betriebe 46, Agitation alter Betriebe 87, Vergolder-Bader (extra) 11, Verhandlungen Verein Berliner Hausdienen 6, Verhandlungen Lokal-Organisation 1, mit Kommissionen in Betrieben 27. Während des Jahres 1893 Sitzungen. Der Erfolg des Jahres 1904 ist der rührigen Klein-Agitation zu verdanken und sind wir jetzt noch nicht im Stande, die Zunahme des Mitgliederbestandes der Sektion festzustellen. In den Betrieben Vacuum, Ferd. Wilmsh, Glaser-Gesellschaft, Vergolderien, Herm. Engel kam es innerhalb des Jahres zum Streik. Über die Firma Reß wurde die Sperre verhängt. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Bericht fand eine kurze Diskussion statt, in welcher folgender Antrag Nebst Annahme fand:

„Die heutige Versammlung nimmt Abstand von der Wahl der Sektionsleitung, beauftragt die noch bestehende Leitung, eine allgemeine Versammlung der Vertrauensleute der Hausdienen und Bader Berlins einzuberufen und aus deren Mitte die Sektionsleitung zu wählen, damit den Wünschen der Vertrauensleute Rechnung getragen wird.“

Eine weiter eingegangene Resolution Sachwalder wurde sich mit Gründung einer Ortsverwaltung befaßt, welche nach längerer Diskussion, in welcher für und gegen gesprochen worden war, angenommen.

Bielefeld. In der Generalversammlung der hiesigen Zahlstelle, welche am Sonntag, den 15. Januar er., bei Imhoff tagte, gab der Kassierer nachstehenden Bericht vom 4. Quartal 1904: Einnahmen: Bestand vom 3. Quartal 55,95 M., Eintrittsgebühren 12,50 M., 781 Monatsbeiträge à 80 Pf. gleich 218,80 M., 1 Wochenbeitrag 20 Pf., sonstige Einnahmen 8,40 M. Summa 295,75 M. Ausgaben: Krankenunterstützung 8 M., Trauerunterstützung 12,90 M., Verwaltungsausgaben 5,60 M., Entschädigungen 12,90 M., für Agitation 15,04 M., Porto, Drucksachen 8,45 M., Kartellbeitrag fürs 3. und 4. Quartal 1904 8,20 M., Arbeitersekretariat 12,90 M., an die Hauptkasse 175,75 M. Kassierbestand 45,01 M. Summa 295,75 M. — Der Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt.

Die Jahres-Abrechnung ergab folgende Resultate:

Bestand vom 4. Quartal 1903			
1. Quartal 1904	528 Beiträge à 80 Pf.	158,40	M.
2. „	702 „ à 80 Pf.	210,60	„
3. „	618 „ à 80 Pf.	183,90	„
4. „	781 „ à 80 Pf.	210,80	„
4. „	1 „ à 20 Pf.	0,20	„
		Summa	763,90 M.

Die Mitgliederbewegung war folgende:			
1. Quartal 1904	17 Aufnahmen à 80 Pf.	8,50	M.
2. „	27 do.	13,60	„
3. „	5 do.	2,50	„
4. „	25 do.	12,50	„
		Summa	37,10 M.

Verband vom Jahre 1903 42 Mitglieder, Neuaufnahmen im Jahre 1904 74, übertreten im Laufe des Jahres 4 Kollegen, zusammen 121 Mitglieder, davon 26 ausgetreten, bleibt ein Mitgliederbestand von 95.

Einnahme:

Gesamt-Einnahme für Beiträge	793,52 M.
Einfuhrgebühren	87 „
Sonstige Einnahmen	18 „

Summa 849,42 M.

Ausgabe:

An die Hauptkassiererin	125,08 M.
1. Quartal 1904	169,63 „
2. „	139,43 „
3. „	175,75 „
4. „	— „

Summa 610,49 M.

Sonstige Ausgaben:	22,95 M.
1. Quartal 1904	63,90 „
2. „	32,08 „
3. „	74,99 „
4. „	— „

Summa 198,92 M.

Bilanz:

Einnahme	849,42 M.
Ausgabe: An die Hauptkassiererin	610,49 M.
Sonstige Ausgaben	198,92 „

Bleibt Bestand 45,01 M.

Kollege Vollmann gab den Bericht über die Tätigkeit des Verbandes. Es haben 12 Mitglieder und 3 öffentliche Versammlungen stattgefunden, in welchen Schröder, Schneider und der Gauleiter Hül aus Hannover referierten. Die Lohnbewegung im Speditionsbetriebe hatte einige Erfolge zu verzeichnen. Die vorgeschlagenen Kandidaten zu vertreten der Ortsverwaltung wurden gewählt.

In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Schneider als Bevollmächtigter, Müller als Kassierer und Weinhorn als Schriftführer. Als Beisitzer wurden gewählt: Kopke, Giese, Schäfer und Vollmann. Als Revisoren wurden die Kollegen Köhne, Tschelt und Ober gewählt. Im Gewerkschaftsrat wurden gewählt die Kollegen Giese und Weinhorn. Die Bezirkskassierer wurden wiedergewählt.

Ein Antrag seitens der Ortsverwaltung, den Beitrag pro Woche um 5 Pf. zu erhöhen, wurde lebhaft debattiert. Die nächste Versammlung wird definitiv darüber beschließen. Begründet wurde der Antrag von den Kollegen Schneider und Vollmann damit, daß sich die öffentlichen Ausgaben, wie Beiträge zum Arbeitervereinsrat, Gewerkschaftsrat, Agitation etc., außerordentlich vermehren. Die Ortskasse leistet auch einen Zuschuß in Krankheitsfällen. Man war allgemein von der Notwendigkeit überzeugt, die Abkündigung wurde aber verworfen, damit den nicht arbeitsenden Kollegen auch noch Gelegenheit gegeben wird, sich zu äußern.

Bunzlau. Am 14. Januar fand unsere diesjährige erste, diesmal leblich besuchte Versammlung statt und begrüßte der Vorsitzende Kollege Baumann die erschienenen mit dem üblichen Neujahrswunsch, dabei jedem aus Herz legen, auch dieses Jahr unserer Sache treu zu bleiben und im Verbande weiter zu bauen. Es folgte lobend die Neuwahl des Gesamtvorstandes, dieselbe hatte zum Ergebnis, daß Baumann, Döring und Wehle wiedergewählt wurden; es trat nur insofern eine Änderung ein, als für den abwesenden Revisor Hül Kollege Zippel und zur Beihilfe für den Vorstand ein stell. Vorsitzender Kollege Wolf neugewählt wurden. Die Versammlung regelte dann die Frage über die Beteiligung bei Begräbnissen verstorbenen Kollegen. Im Punkte Verschleidenes machte Johann unser Kassierer Döring die Mitteilung von dem ersten praktischen Ausreifen unseres Verbandes in dieser Stadt, indem durch Vermittlung dieses das hiesige Gewerkschaftsamt in einer Lohnfreiheit bewogen, vorzeitigen Entlassung erfolgreich anzufragen wurde. Der Fall war folgender: Der Kollege Gräß hatte in letzter Zeit verabschiedet mit seinem Arbeitgeber Sesselfleidermeister Becker kleine Auseinandersetzungen, ohne daß jedoch eine Kündigung dabei ausgesprochen wurde. Am Sonnabend, den 31. 12. v. J., als Gräß seinen Lohn erbat, überbrachte ihm der Sohn des Arbeitgebers nicht nur diesen, sondern stückweise auch gleich die Papiere. Er nahm dieselben natürlich nicht an, sondern legte am Montag seine Arbeit fort, was aber der humane Arbeitgeber insofern verzeiherte, als er mit Rücksicht auf ihn und mit der Polizei drohte. Der damit an die Luft gefahrene Gr. wandte sich nunmehr an den Verband und dieser strengte durch den von Dr. bevollmächtigten Kassierer Döring die Klage an. Das Ergebnis war, da nachgewiesen werden konnte, daß eine achtstägige Kündigung bestand, daß der Beklagte 11 M. an den Kläger zu zahlen hat. Gr. hatte aber außerdem noch den Vorteil, daß er hier fremd, nicht erst auf den Ausgang der Sache warten brauchte, er konnte vielmehr abfahren, indem der Verband für ihn eintrat, ohne daß für Gräß irgendwelche Kosten entstehen konnten.

Aber auch einen weiteren kleinen Erfolg haben wir durch unsere Organisation hier errungen, indem wir durch praktischen Eingreifen bei den Vertreterwahlen zur Generalversammlung der hiesigen Ortskassiererin in drei Gruppen unsere Leute durchbrachten, so daß dadurch die Ausschüsse, welche die Mäße entbunden wurde, ihr passende Leute hineinschickten. Besteres wäre diesmal allerdings gewesen, wenn nötig gewesen, denn auch unsere öffentlichen Gewerkschaften und andere waren auf dem Plan erschienen, wir aber waren Sieger in den uns zusehenden Berufsgruppen. Weiter sei noch mitgeteilt, daß am Sonnabend, den 11. Februar unsere nächste Versammlung stattfindet, bei welcher außer anderem auch der Jahresbericht erstattet werden wird.

Dresden. Am Dienstag, den 17. Januar, lagte in Mercks Restaurant „Zum Bürgerbräu“, Altmann, eine Marktschifferversammlung mit der Tagesordnung: „Der Kampf der Arbeiter um das Koalitionsrecht“. Der Referent, Genosse Joseph, legte in seinem 1 1/2 stündigen Vortrage klar, daß das Koalitionsrecht, welches seit 1869 genehmigt ist, nur auf dem Papier steht, denn der Gebrauch ist strafbar. Desgleichen beleuchtete Redner die Gegenorganisation, Christ-Düncker und Christmann, welche sich einer besonderen Gunst der Unternehmer erfreuen, da

se in wirtschaftlichen Kämpfen ihren Arbeitsbrüdern in den Rücken fallen. Da der Arbeiter sich das Koalitionsrecht nicht nehmen lassen will, werden schwarze Listen und der große Unionsparagraf ins Feld geführt, um denselben zu knebeln. Der Ausdruck eines Regierungsbekanntes: „Was brauchen die Arbeiter ein Koalitionsrecht, sie haben doch das Wahlrecht“, bewies, die Augen offen zu halten, da beides gefährdet ist. Die wirksamste Waffe, um eine Gefahr abzuwehren zu können, ist der solidarische Kern, darum trete ein jeder ein für die Organisation und führe derselben immer neue Kämpfer zu, dann wird die Saat Wundern tragen. (Lebhafter Beifall.)

Im 2. Punkt der Tagesordnung, „Gewerkschaftliches“, wurde bemängelt, daß die Kollegen in der Wilsdrufferstraße nicht anwesend waren, da sie es vorgezogen, einem arrangierten Vergnügen beizuwohnen. Des weiteren wurde angeführt, daß es in der Hand der Kollegen liegt, sich die Arbeitszeit zu verkürzen, denn den Beweis dafür haben die Kollegen bei der Firma Persfeld erbracht, indem sie, weil es sonst an den Geldbeutel ging, um 8 Uhr nach Hause gehen durften. Zwei Anträge wurden einstimmig angenommen:

1. Allmonatlich ist an einem noch zu bestimmenden Tage eine Marktschifferversammlung abzuhalten.

2. Die Versammlung stellt den bei dem Konsumverein „Vorwärts“ beschäftigten Kollegen ein Vertrauensbrot aus, da selbige in keiner Marktschifferversammlung erscheinen. Nach einem kernigen Schlusswort des Referenten, in welchem aufgefordert wurde, eifrig mitzuarbeiten im Dienste der Organisation, um dieselbe immer mehr zu stärken, dann sei die Welt unser trophäen, erfolgte 11 1/2 Uhr Schluss der Versammlung. Mehrere Kollegen traten dem Verbande bei.

Gera. Am Sonntag, den 8. Januar, nachmittags, fand im Gasthaus zum Adler die diesjährige Generalversammlung statt, in welcher der Gauleiter über: „Die Entwicklung des Handels- und Transportwesens“ referierte. Redner zeigte, unter welcher schwierigen Umständen der Transport sich vor 50–80 Jahren vollzog, wo die Geschäfte vielfach wochen- und monatelang, unter Umständen sogar jahrelang unterbrochen waren und die Geschäftsführer, denen oft das gesamte Geld und Gut des Inhabers anvertraut war, wurden, um keinen Schaden daran zu nehmen, wie zur Familie gehörig von den Unternehmern gehalten.

In der Diskussion erklärten die Mitglieder ihr Einverständnis mit dem Vortrage, außerdem wurde aufgeführt, nur die Arbeiterpresse, die „Reuthke Zeitschrift“, zu lesen. Der Vorsitzende gab sodann den Jahresbericht. Das vergangene Jahr war das erfolgreichste, welches bisher der Verband am Orte zu verzeichnen hatte. Arbeit gab es in Fülle. Am 1. Januar betrug die Mitgliederzahl 7, am 1. April 16, am 1. Juli 60, am 1. Oktober 74 und am Jahresabschluss 94, darunter 2 weibliche.

Es wurden 5 öffentliche und 7 Mitgliederbesprechungen, sowie 15 Geschäftsbesprechungen abgehalten. Lohnbewegung hatten wir eine im August und zwar bei der Geraer Aktien-Gesellschaft, Abteilung Spedition, bei welcher für die dort beschäftigten eine Erhöhung des Lohnes von 120–140 Mark im Jahre ausgesetzt wurde. Trotzdem ist freilich der Lohn von 17 und 18 M. noch viel zu gering für diese Arbeit. Die anderen Betriebe haben sich daran ein Beispiel nehmen, damit sie auch auf diese Forderung kommen.

Im November wurde, um festzustellen, wieviel Gewerkschaftsmitglieder Bürger sind, die „Tribüne“, Tagesblatt oder eine andere Zeitung lesen, die Frau auf Arbeit geht oder zu Hause arbeitet und nicht organisiert ist, eine Statistik aufgenommen; an dieser beteiligten sich von uns 85 Mitglieder, davon waren 16 Bürger, 2 Frauen gingen in die Fabrik, 6 arbeiteten zu Hause, 27 hatten nichts mitverbunden, organisiert war keine. Die „Tribüne“, das Arbeiterblatt, lasen 19, die „Zeitung“ 2 und das „Tagesblatt“ 14. Hier ist dringend nötig, daß die Mitglieder aufgeklärt werden und die bürgerlichen Zeitungen aus den Familien verschwinden, da uns dieselben bei irgendwelchem Vorkommnis nicht beistehen, sondern stets bekämpfen.

Rassenbericht der Haupt- und Lokalkasse für 1904.

Einnahme:	Hauptkassier	Lokalkassier
Beiträge à 30 Pfg. 2812 Stüd.	485,52	208,08
à 20 „ 88	12,04	5,16
Ertragsbeiträge à 50 Pfg. 126 Stüd.	27 „	10,80
Gantheilbeiträge à 10 Pfg. vierteljährlich 243 Stüd.	24,80	—
Lokalsbeitrag à 25 Pfg. 240 Stüd.	—	60 „
Einschreibegelder 80 Stüd.	40 „	—
Verband vom 1. Januar 1904	—	46 „
Summa	588,87	284,50

Ausgabe:	Hauptkassier	Lokalkassier
Streikunterstützung	18 „	20 „
Arbeitslosenunterstützung	16 „	—
Krankensunterstützung	10 „	—
Gauagitation	10 „	—
Hauptkassier gefandt	584,86	—
Lokalkassier für Durchreisende	—	6,50
Verf. Verm. und Zeitungsaufträgen	—	45,30
Porto und Druckkosten	—	20,01
Versammlungen, Annoncen, Referate	—	86,99
Kartellbeitrag	—	81,20
Weihnachtsbescherung an das Kartell	—	5 „
Gaubeitrag	—	24,90
Sachliche Verwaltung	—	6,05
Verband am 1. Januar 1905	—	89,15
Summa	588,86	284,50

Bilanz:
Gesamteinnahme 878,42 M.
Gesamtausgabe 878,42 „
Verband der Lokalkasse 89,15 M.

Georg Heringlee, Kassierer.
Friedrich Elm, Ernst Wal. Otto Wuhl.

* Für Mitgliedschaft beim Maurerstreik an das Kartell abgeführt.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß sich die Lokalkasse aus 30 Pfg. der ordentlichen, 20 Pfg. der außerordentlichen und den Lokalsbeiträgen von 25 Pfg. vierteljährlich zusammensetzt.

Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Als Vertrauensmann wurde O. Pfeiffer und als Kassierer G. Heringlee wiedergewählt. Sodann wurden wieder die Zustände in dem Betriebe der Firma Dehne einer scharfen Kritik unterzogen. Es fehlt dort eine brauchbare Wagenhebe und der Aufenthaltsraum für die Arbeiter während der Mittagspause ist in einem verwerflichen Zustande, es ist deshalb dringend nötig, daß die Leute in diesem Betriebe einig werden. Der Vorsitzende forderte die Mitglieder auf, dem Verbande treu zu bleiben, neue Mitglieder zu werden, damit der Verband bald die doppelte Mitgliederzahl besitzt und bessere Arbeitsbedingungen erkämpfen kann. Angemeldet haben sich acht Kollegen.

Hamburg. Section Kolporteurs. Mitgliederbesprechung am 11. Januar bei Durban, Teilsfeld. Der Vorsitzende gibt den Bericht über die Tätigkeit der Sectionstellung. Es fanden im vergangenen Jahre 7 Mitgliederbesprechungen, 12 Vertrauensmännerbesprechungen statt. Die Mitgliederzahl ist jetzt 153 gegen 143 im Vorjahre, davon 50 Pfg. Frauen. Redner betont, daß die Section keine besseren Fortschritte aufzuweisen hat, und bemängelt die Interessenlosigkeit und die Laubheit der Mitglieder in Bezug auf den Versammlungsbesuch. Auch die Beantwortung der hiesigen Fragebogen lasse vieles zu wünschen übrig. Schreiber ergänzt den Bericht dahin, daß es den Ausführungen Panfols nach den Umständen erweise, als ob unsere Section schlecht abgeschnitten habe. Dem sei aber keineswegs so, denn in Wirklichkeit habe unsere Section großartige Erfolge erzielt. So sei der stetig durchgeführte Streik der Polen der „Hamburger Hausfrau“ von eminenter Bedeutung, selber sei die Situation nicht im mindesten ausgenutzt worden. Ebenso sei die Anerkennung unseres Arbeitsniveaus vom „Hamburger Echo“ nunmehr nach langem Zögern und Widerstand perfekt geworden; ebenfalls, wenn richtig gewürdigt, ein guter Erfolg. Im übrigen ermahnt Redner die Kollegen ebenfalls, sich mehr um das Wohl und Wehe der Section zu kümmern und nicht nur die errungenen Vorteile zu genießen, sondern auch den noch in schlechter Lage sich befindenden Kollegen zur Besserung derselben beizustehen; nur ein einziges, zielbewusstes Zusammenarbeiten kann Erfolge zeitigen. Dämäl rügt, daß dem Beschluß, durch Annonce und Sprechartikel im „Hamb. Echo“ den Zeit zu Zeit auf die Bedeutung unserer Kontrollkarte hinzuweisen, nicht Folge gegeben ist; er ist der Meinung, daß der Verband wohl die Kosten scheue. Wagner (Hauptkassierer) widerspricht der letzten Anschauung des Vorredners. Bei der Neuwahl der Sectionstellung werden V. Schreiber als erster, J. Lindemann als zweiter Vorsitzender, Frau M. Friede als erster, S. Sandlos als zweiter Schriftführer, mit Frau A. Klein als Beisitzer gewählt. Als Kontrollkomitee werden Jülich, König und Frau Schreiber gewählt. Eine recht interessante Silberfeier gibt Dämäl über den Eherückgang „Montag“ und die „Börseball“. Nach der Versicherung des „Hamb. Correspondenten“ ist bei diesem sonst anständigen Motte eine Neuenrichtung getroffen, welche die Konkurrenzfähigkeit des Walfes ja ungemein hebt und den Abkommen das Neueste vom Neuen beibringen mitzuteilen imstande ist; leider auf Kosten der armen, schlecht bezahlten Austräger. Diese werden wie folgt bezahlt: Für dreimal tägliches Austragen des „Correspondenten“ pro Abonnement und Woche 20 Pf., für den Eherückgang „Montag“ nichts, für die nachmittags erscheinende „Börseball“ 15 Pf. Also die Quintessenz der Versicherung ist: Das Kleinstunternehmen der Kasselle für geistige Nahrung läßt, um seine Einnahmen zu erhöhen, seine am schlechtesten bezahlten Arbeiter (nebenbei bemerkt hauptsächlich Frauen und Kinder) statt sechs Tage sieben Tage arbeiten, den siebenten Tag aber umsonst, der Abwesenheit halber: für die „Börseball“ streicht Herr Scherl von jedem Abonnement 50 Pf. Bringert ein und bezahlt gewöhnlich 15 Pf. davon an die Austräger; die übrigen 35 Pf. stecken in die Tasche des Walfabrikanten. Ebenso verhältlich ist das Verhalten der Zeitungsredaktionen in Bezug auf Mottebeiträge. Für solche Beitragen erhalten die Expeditionen von den Interessenten 4–6 M. pro 1000 Exemplare. Die Austräger, welche diese Motte verbreiten müssen, erhalten keinen Pfennig dafür. Nur das „Hamburger Echo“ macht eine lobenswerte Ausnahme von der allgemein üblichen Regel. Redner illustriert noch eingehend das Raubsystem der großen Zeitungsredaktionen, wie Vasebold, Schläfer usw., wo Frauen mit einem Schandenlohn von 9 Pf. abgepeist werden. Kein Wunder, wenn bei solchem Hungerlohn die Kindererziehung trotz Schutzgesetz unter den Augen der heiligen Germania floriert.

Schreiber erstattet hierauf den Bericht über die Verhandlungen der Kommission zwecks Anerkennung unseres Arbeitsniveaus durch das „Hamburger Echo“, welche ein für beide Teile befriedigendes Resultat erzielt haben. Die Versammlung nimmt anerkennend davon Notiz. Der Bericht vom Stillschließ wird genehmigt. Dem Festkomitee wird Decharge erteilt. Peteren wünscht in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung für unseren Beruf. Der Beschluß hierüber wird vertagt. Dreher beantragt: Unsere Versammlungsberichte sind im „Courier“ zu veröffentlichen. Der Antrag findet Annahme. Ein weiterer Antrag Dreher, die Mitgliederbesprechungen auf einen bestimmten Tag festzusetzen, wird abgelehnt.

Dann gelangt ein Antrag Lindemann, die Festsetzung unserer Versammlungen in der nächsten Mitgliederbesprechung vorzunehmen, zur Annahme.
Silbesheim. In der am 15. Januar abgehaltenen Generalversammlung lautete die Tagesordnung: 1. Jahres- und Rassenbericht, 2. Neuwahlen, 3. Verschleidenes. Der ebenfalls anwesende Gauvorsitzende leitete diese Versammlung und gab zum 1. Punkte bekannt, daß die Ortsverwaltung bemüht war, in 19 Versammlungen, 17 Be-

Der Koff- und Logiszwang — ein kulturfeindliches System.

Das Koff- und Logiszwang wird meist als ein Ueberbleibsel früherer Jahrhunderte, als ein Rest des alten Zunftwesens und als eine nur noch mit dem ausstehenden Kleinhandwerk zusammenhängende Erscheinung geschildert, die mit diesem notwendig im Niedergang begriffen sei. Man hat daher die Bekämpfung dieses Systems, obwohl man von seiner Schädlichkeit durchaus überzeugt war, lange Zeit gegenüber der Förderung anderer Gewerkschaftsaufgaben vernachlässigt, es der Zeit, der wirtschaftlichen Umwälzung überlassen, mit ihm wie mit anderen Resten der Zunftverhältnisse auszuräumen. Nach zwei Richtungen hin hat sich diese Annahme als irrig erwiesen, in historischer wie in realer Hinsicht. Wohl ist es allgemein bekannt, daß im alten Handwerk heute noch dieser mittelalterlichen Hausgemeinschaft in mancher Beziehung ähnlich. Aber neben diesem rückschlägigen System hat sich ein modernes Koff- und Logiszwang auf industrieller, sogar großindustrieller Stufe entwickelt, das nicht minder wie jenes eine Gefahr für die Jugend und Befreiung der Arbeiterklasse bedeutet. Schon St. Marx schildert in seinem Lebenswerk „Das Kapital“, wie das neue Fabrikwesen die sogenannte Armenlinder aufkaufe und sie in förmlichen Zuchthäusern einsperrte, wo ungenügende Verpflegung und Mühe mit übermäßiger Ausbeutung abwechselte. Dieses System blieb nicht auf England beschränkt; es begegnet uns in allen Ländern unruhiger kapitalistischer Entwicklung, wo das je nach den besonderen Verhältnissen Jugendliche, Arbeiterinnen und erwachsene Arbeiter die Stelle der Kinder einnehmen. In Deutschland füllten für das Wohl der Manufaktur befohlene Regierungen die Arbeiterhäuser der letzteren mit unruhigen Arbeitskräften; später wurden diese durch Kinder, Frauen und neuerdings durch ausländische Arbeiter ersetzt. Das System ist in der Hauptsache das alte geblieben. In der ländlichen Industrie, auf Regelen und in Steinbrüchen finden wir es noch unwirksam wieder in den Schlafbaraden und Schlafhäusern, gegen deren trostlose Erdmündlichkeit die staatlischen Zuchthäuser keine Paläste sind. Die Verträge der Gewerkschaftsaufsichtsbereichen bringen Schilderungen über diese Zustände, die ein Koff und auf unsere moderne Kultur. Auf höherer Stufe begegnen wir ihm in den sogenannten „Arbeiterinnen- und Ledigenheimen“ großindustrieller Betriebe zur Unterbringung fremder Arbeiterkräfte, die eine moderne Einrichtung mit einem um so raffinierterem Anstaltsystem verbinden, und auf höherer Stufe in den Arbeiterwohnungen und Arbeiterkolonien einzelner Industriezweige, die auch die verheirateten Arbeiter in das gleiche Abhängigkeitsnetz zwingen. Wo der Koffzwang die Arbeiter befähigt, da begnügt er sich mit dem Wohnungszwang und überläßt den Arbeitern die Bekämpfung selbst. In der Textilindustrie muß auch die Arbeiterin in die Fabrik; da ergänzt die Speiseanstalt wiederum das Wohnungszwang. Und dieses System entbehrt durchaus nicht immer des Zwanges, — die Fabrikwohnungen dürfen nicht leer bleiben und die billigen fremden Arbeiterkräfte sollen vor der Verdrängung mit Einheimischen möglichst bewahrt bleiben. Auch verlangt häufig die Behörde solche Einrichtungen für ausländische Arbeiter. Und, was vor allem wichtig ist, dieses großindustrielle Sozialsystem ist keineswegs im Niedergang begriffen, sondern es breitet sich zusehends aus und verdrängt seine Gemeingefährlichkeit hinter dem blauen Schild sozialer Arbeiterwohlthat.

Angesichts dieser Entwicklung drängt sich der Arbeiterkampf mehr und mehr die Erkenntnis auf, daß man die Bekämpfung des Koff- und Logiszwanges bisher erheblich unterschätzt und einseitig betrachtet habe, daß es nicht genügt, dem Untergang der heimischen Hausgemeinschaft nachzusehen, sondern daß der Kampf auch gegen das in weit höherem Grade kulturfeindliche großindustrielle Sozialsystem geführt werden muß. Daß dieser Kampf nicht zu machen ist, beweist schon ein Blick auf die gegenwärtige Rechtslage. In der Aufrechterhaltung der Gewerkschaftsbestimmungen, die dem Koff- und Logiszwang seine Existenz ermöglichen, ist die Großindustrie in ungleich höherem Maße als das Kleinhandwerk interessiert; großindustrielle Einflüsse führten bei Verabredung der 1891 er Gewerbeordnungs-Novelle eine Erweiterung der Ausnahmen vom Zuchthaus (§ 115 G.-O.) herbei. Daraus ergibt sich, daß mit dem Widerstand der Großindustriellen auch bei der Befestigung dieses Sozialsystems vor allem zu rechnen ist. Es ist klar, daß diese Art der Befestigung widerrechtlich handelte. Daraus ergibt sich aber ferner, daß dieses Sozialsystem eine weit mehr Kulturgefahr bedeutet, zugleich der Kampf gegen dasselbe weit schwieriger ist, als wenn es sich nur um die Bekämpfung der kleingewerblichen Hausgemeinschaft handelte.

Man kann den Koff- und Logiszwang sowohl vom hygienischen als vom rechtlichen und gewerkschaftlichen Standpunkte aus bekämpfen. Vom hygienischen Standpunkte aus würde nachzuweisen sein, daß die spezifischen Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse, die den Arbeitern aufzuerlegen werden, gesundheitsgefährliche sind (im Widerspruch der Arbeit, als auch für das konsumierende Publikum schon häufig geschildert worden). Aber der Staat im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege eingreifen müßte. In rechtlichen Sinne würde zu prüfen sein, inwieweit dieses zwangsweise Sozialsystem unserer modernen Rechtsentwicklung widersteht und welche Gesetze und Vorschriften auf seine Wirkungen anwendbar sind, welche gesetzlichen Maßnahmen zu seiner Beseitigung notwendig sind.

Die gewerkschaftliche Behandlung dieses Problems wird sich dagegen mit seinen Wirkungen gegenüber den gewerkschaftlichen Bestrebungen und Zielen und mit seiner Ueberwindung durch die Macht der Organisation befassen.

Das alles soll uns heute nicht beschäftigen. Aufgabe dieser vorliegenden Ausführungen soll es vielmehr sein, die kulturelle Seite dieses Systems gründlich zu klären. Und wenn wir eingangs behaupteten, daß der Koff- und Logiszwang kulturfeindlich sei, so muß dieser Widerspruch auch dann und dort begründet sein, wenn und wo seine besonderen hygienischen Gefahren erkennbar sind, wenn ferner dieses System mit der heutigen Rechtsordnung durchaus nicht bedeutungslos, denn das Unternehmertum verteidigt denselben als notwendig im Interesse der Gehilfen, als Arbeiterwohlthatenrichtung, als dem Geiste der sozialen Gesetzgebung entsprechend. Und nicht immer ist dieses Schien von so offensichtlich hygienischen Gefahren begleitet, daß diese allein die Kosten der Abtötung bestreiten könnten. Vor allem aber richtet sich unser Kampf nicht bloß gegen den von dem Eigentum geleiteten Widerstand der Unternehmer, sondern auch gegen die Gleichgültigkeit und Verdrängung der unter diesem System lebenden Arbeiter, die sich nicht selten durch gewisse, meist aber eingebildete Vorteile täuschen lassen. Ihnen muß man die kulturelle Gemeingefährlichkeit des Koff- und Logiszwanges in seiner ganzen Tragweite vor Augen führen, um in ihnen den letzten Rest menschlichen Bewußtseins und Gerechtigkeitsgefühls, das schlummernde Streben nach Selbständigkeit und höherer Entwicklung aufzuwecken und für die Befreiung empfänglich zu machen. Endlich werden aber auch solche Kreise für den Kampf gegen eine Kulturgefahr gewonnen werden können, die weder als Unternehmer noch als Arbeiter ein direktes Interesse an ihm haben, denn kulturwidrige Zustände können nicht ohne schädlichen Einfluß auf den gesamten Fortschritt der Menschheit bleiben, und sie werden um so leichter, auch gegen den Willen derjenigen, die daraus Nutzen ziehen, beseitigt, je mehr die Ueberzeugung ihrer Gemeingefährlichkeit in weiten Volkskreisen befestigt ist.

Kultur bedeutet Weiterentwicklung, Fortschritt und Hebung der Menschheit zu höherer wirtschaftlicher, geistiger und sozialer (gesellschaftlicher) Stufe, Entwicklung jedes Einzelnen zum selbständig denkenden und handelnden Mitglied der menschlichen Gesellschaft und Ausbarmachung aller Kräfte für das Gemeinwohl.

Der Koff- und Logiszwang hindert aber die wirtschaftliche Selbständigkeit des Arbeiters.

Das Arbeitsverhältnis soll keine Lohnsclaverei sein, die den letzten Rest freier Persönlichkeit im Arbeiter erstickt und ihn dem willkürlichen Werkzeug gleich macht, sondern ein Verhältnis freier Vereinbarung gleichberechtigter Faktoren, das dem Arbeiter für die Nutzung seiner Arbeitskraft einen dem Wert derselben entsprechenden Lohn sichert. Der Arbeiter verkauft dem Unternehmer weder seine Körper noch seinen freien Willen; er bleibt Herr seiner Arbeitskraft, die er jederzeit, nach Lösung seiner vertraglichen Pflichten, beliebig verwerthen darf. Das Unternehmertum hat jede wirtschaftliche Freiheit des Arbeiters, es verlangt, daß er völlig im Arbeitsgeheimnis aufgehen, sich unterwerfe. Der Fabrikant will Herr in seinem Hause sein, er duldet keinen Willen unter sich. Aber an dem Vor seiner Fabrik führt seine Herrschaft auf; an der Schwelle seines eigenen Heims ist der Arbeiter kein eigener Herr. — Der Koff- und Logiszwang beraubt den Arbeiter seines eigenen Heims und macht ihm das Leben zum ununterbrochenen Frontdienst. Er macht den Herren des Betriebes auch zum Herren der Günstigkeit des Arbeiters. Er zwingt den letzteren, auch seine freien Stunden unter der steten Aufsicht und Kontrolle des Arbeitgeber oder dessen Familienangehörigen zuzubringen und ihnen dafür Geldentlohnung zu geben. Selbst der Schlaf entfällt ihm nicht dieser Abhängigkeit. So wird jeder Arbeit zur Selbständigkeit, zur Entfaltung der freien Persönlichkeit erstickt, der Arbeiter zum willenlosen Hausinventar herabgedrückt. Diese Wirkung ist die gleiche, — mag sich der Zwang auf das Wohnen beim Meister oder auf den Aufenthalt im Ledigenheim oder auf die Benutzung von Fabrikwohnungen erstrecken. Im Ledigenheim forciert die Verwaltung und die Hausordnung, in der Fabrikkolonie die offene und heimliche Fabrikpolizei und die Furcht vor zweiseitiger Wohnungsverdrängung dafür, daß der Wille des „Herrn“ zur Geltung kommt. Der Arbeiter, der in Räumen seines Arbeitgebers wohnt, ist nicht mehr Herr seiner Arme und seines freien Willens; er kann nicht fortziehen, wann und wo er will, — er muß dem Herrn auch für geringeren Lohn dankbar sein.

Und verhängnisvoll wird diese Unfreiheit für den Arbeiter, wenn er entlassen wird. Wer ein Heim hat, besitzt ein Stück Selbständigkeit, das selbst dem Arbeitslosen über schwere Stunden hinweghilft. Er findet leichter Kredit beim Wohnungsgewerber, beim Kolonial- und Krämer, bis er wieder Arbeit am Ort findet. Der des eigenen Heims beraubte Arbeiterlose ist selten imstande, sich in solch schweren Stunden ein flüchtiges Unterkommen zu schaffen, das ihm das Arbeitsuchen am Ort erleichtert. Ihm winkt die Landstraße und der trostlose Wahnwag mit Familie von Ort zu Ort. Wer dies als Arbeiter nur einmal erlebt hat, der fernst sich ein Stück Selbständigkeit schützen, das in einem, wenn auch noch so ärmlichen, unabhängigen Heim liegt.

Nach weit mehr aber verhängnisvoll ist derjenige an einem jungen Arbeiter, der ihm durch den Koff- und Logiszwang beim Arbeitgeber auch noch die Fähigkeit, wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen und sein Leben selbst gestalten zu lernen, raubt. Wer solch einem Unheillichen dann bei Arbeitsmangel auf die Landstraße setzt, der führt ihn ins sichere Elend hinaus, das seinen Abschluß in der Arbeitskolonie und schließlich in der Strafanstalt findet. Die Kraft, sich wirtschaftlich selbst zu erhalten, wird dem Arbeiter nicht im Verpflegungszwang, sondern in der Freiheit des Willens und Ganges geboren. Die Vernichtung dieser Freiheit führt notwendig zur Vernichtung der wirtschaftlichen Selbständigkeit des Arbeiters.

Und ein freier Mensch sein, heißt ein Kämpfer sein. Besonders das Leben des Arbeiters ist ein steter wirtschaftlicher Kampf, in dem sich die Kräfte der Selbst-

erhaltung kämpfen. Aber der einzelne Arbeiter würde unterliegen in diesem Kampfe gegen die wirtschaftliche Uebermacht der Arbeitgeber; nur vereint bilden die Arbeiter eine Macht, die etwas erreichen kann. Ohne Organisation ist heute auch der Stärkste machtlos; selbst die großindustriellen Werke schließen sich zu Kartellen und Syndikaten zusammen, um dem Lohnkampf besser gewachsen zu sein. Die Vereinigung mit Gleichem ist ein wirtschaftliches Zwangsgebot, für den Arbeiter in höherem Maße als für den Arbeitgeber. Nichts aber wirkt der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter mehr entgegen als der Koff- und Logiszwang, der den Arbeiter vereinzelt, ihn von jedem Verkehr mit seinen Berufsgenossen abschlekt und seines freien Willens beraubt. Der Meister, obwohl vielleicht von Gefechen wegen selbst zur Organisation angehalten, steht es nicht gern, wenn sein Gehilfe einem Verbandsangehörigen überläßt und verbietet es ihm vielmehr sogar. Den Schaden dieser wirtschaftlichen Vereinigung trägt der Arbeiter, der seinen Berufsgenossen dadurch entfreundet und vereinzelt und, anstatt in seinem wirtschaftlichen Fortkommen unterstützt, naturgemäß gehindert wird. Vielleicht drängt ihn diese Entfremdung gar auf die Bahn des Streikbruchs, des Rates an der Kollegenschaft, der ihm einen beruflichen Wafel für sein ganzes Leben anheftet. Weber das Lob des Unternehmers, noch der Schutz der Polizei können ihm einen Erfolg bieten für den Verlust seiner Arbeitsehre, der die Vernichtung seiner freien Persönlichkeit befeuert.

Der Koff- und Logiszwang hindert auch die geistige Selbständigkeit des Arbeiters.

Der wirtschaftliche Kampf ums Dasein in der modernen Gesellschaft erfordert die Entwicklung aller geistigen Kräfte und die Ausnutzung jeder Gelegenheit zum Lernen. Fachschulen und Ausbildungskurse, Bücher und Zeitschriften, Vorträge und Sammlungen bieten dem jungen Arbeiter eine Fülle geistiger Nahrung. Der an das Haus des Meisters gefesselte Arbeiter vermag indes nur selten davon Gebrauch zu machen. Seine Arbeitszeit ist gewöhnlich länger als die des freien Arbeiters und selbst der Sonntag gehört ihm nicht immer. So fehlt ihm die Zeit zur Fortbildung, die Zeit, die mehr als bei jedem anderen vom Verdienste beansprucht wird. Aber auch der Drang zur Selbstbildung wird erstickt durch den Mangel an Umgang mit Alters- und Klassenangehörigen und durch die Empfindung in eine kleinbürgerlich-engehörige, oft direkt bildungsfeindliche Umgebung. Und was hätte es der jungen Seele, deren Geshwister selbst diese Schranken durchbrechen möchten? Reicht es doch bei als Wohnung angewiesenen Schlafstelle nicht an Raum und Licht, um Bücher lesen oder sich geistig beschäftigen zu können; nicht selten muß der Arbeiter dieselbe auch noch mit unangenehmen Schlafgenossen teilen, die ihm keine Unfreiheit besonders empfinden lassen. Vor allem ist aber dieser Hauszwang unerbittlich mit jeder freien Bildung des Arbeiters. Kein politisches Arbeiterblatt, kein Gewerkschaftsorgan darf über die Schwelle des Arbeitgeber kommen, was nicht dessen Billigung findet; in dieser Beziehung wacht der Meister besonders sorgsam über den Frieden seines Hauses und hält alle „aufreizende“ und „vergiftende“ Reden fern. In solcher Atmosphäre muß das Streben nach geistiger Selbständigkeit untergehen; der Geist des Arbeiters wird verkrüppelt, sein Horizont auf die Perspektive des Frohdes, der über seinen Sumpf nicht hinauskommt, beschränkt. Für dieses geistige Defizit bietet ihm selbst der sogenannte Aufschub an die Stamme des Arbeitgeber, wo ein solcher wirklich vorhanden ist, keinen Ersatz. Eine verlorene Jugend läßt sich kaum jemals nachholen, und bitter empfindet es der Arbeiter in späteren Jahren, wie sehr dieses Geistesloch seine besten Kräfte unterdrückt hat.

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Fürth. Am 4. Juni fand eine Versammlung derjenigen Mitglieder statt, welche 40 Pf. Wochenbeitrag zahlen. Erhielten sind 19 Mitglieder. Durch die Erziehung eines Arbeitersekretariats ist eine Erhöhung der Beiträge notwendig geworden. Die Verwaltung stellte den Antrag, es bei dem bisherigen Beitrag zu belassen und die Unterpflichtung etwas zu kürzen. Die Versammlung lehnte dies ab und beschloß eine Erhöhung um 5 Pf. Es ist dies sehr bedauerlich; die Verwaltung hatte im Auge, die Beiträge nach und nach einzeln zu gestalten und die Kraftgeschäfte zu vereinfachen, sie ging von dem Grundsatz aus, „gleiche Brüder, gleiche Steuern“. Leider ist ihr das von einigen Kollegen vereitelt worden.

Hannover. Jahres-Generalversammlung am 8. Januar. Die Tages-Ordnung umfaßte folgende Punkte: 1. Jahresbericht. 2. Kassensbericht. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung. 4. Neuwahl der Gauverwaltung und 5. Verschiedenes. Zum 1. Punkte berichtet Koll. Jiffel: Ein wesentlich erfreuliches Bild wie der vorjährige bietet der heutige Bericht vom verflochtenen Jahre, ein Bild, welches beweist, daß der erste Wille auch Erfolge zeitigt. Zum besseren Verständnis und Befolgen der zu nennenden Zahlen z. hat die Ortsverwaltung mittels des Verlegetätigkeitsapparates einen kurzen Bericht vom Jahre 1904 hergestellt, welcher jedem Versammlungsbefucher an der Tür ausgehändigt wird. Ein Blick in diesen Bericht belehrt uns über die Mitgliederbewegung in 1904 folgendermaßen:

Quartal	Alter Bestand	Zugang	Abgang	Neuer Marken-Bestand	Verkauf
I.	128	55	23	160	1484
II.	160	98	28	170	1241
III.	170	150	58	270	2308
IV.	270	185	54	351	2378
Insgesamt	384	161	—	746	—

Der verhältnismäßig niedrige Marken-Verkauf im 4. Quartal ergibt sich aus dem sehr frühen Quartals-

Abrechnung der Verwaltungskstellen des Zentral-Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands pro 3. Quartal 1904.

Aufschiebe Nr.	Ort	Zahl der Mitglieder	Einnahme										Ausgabe															Summa																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																								
			Beitrag v. vorigen Quartal	Einnahme	Beitrag	Sonstige Einnahmen	Summa	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme		Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme	Einnahme</

Laufende Nr.	Ort	Zahl der Mittel	Einnahme										Summe	Ausgabe																Summe																																																																																																																																																																																																																																																																																																						
			Beitrag		Einnahme Quartal	Einnahme Halbjahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr		Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr		Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr	Einnahme Jahr